

Der Befehlshaber der Sicherheitspolizei

und des SD = Oslo

Oslo, den 16. Mai 1942

Tgb.-Nr. 31/42 g

365

*Ch...*

*AW IIa*

*H 21*

108167

**Geheim!**

A.O.K. Norwegen (1c)  
Eing.: 27. MAI 1942  
Nr. 1960/42  
Aal. 9.

*24.5.*

**Meldungen aus Norwegen**

Nr. 39

Chefintendant  
beim Wehrmachtbefehlshaber  
in Norwegen

Eing.: 28. MAI 1942

*505/42 geh.*

Wehrmachtbefehlshaber  
Eingegangen  
29. MAI 1942  
Tgb. Nr.

*U R.*

*Ch... (Teil 31)  
K... (34)*

Vorliegender Bericht ist nur **persönlich** für den Empfänger bestimmt und enthält Nachrichtenmaterial, das der Aktualität wegen **unüberprüft** übersandt wird.

(Erscheinungswort)

*Abteilung bis 30.5., für die...  
Mischer*

A. O. K. Norwegen (1c)  
Eing. 29. MAI 1942  
Nr. 4675/42  
Aal.

A. Allgemeine Stimmung.

Aus allen Teilen des Landes liegen Meldungen über das Abklingen des öffentlichen Interesses an den innerpolitischen Vorgängen - insbesondere Lehrer- und Kirchenkonflikt - vor. Es wird jedoch in den meisten dieser Berichte unterstrichen, dass mit dieser Entwicklung keine Minderung des allgemeinen Widerstandswillens verbunden sei. Weiteste Kreise der Bevölkerung - vielfach einschliesslich der Nasjonal Samling - sind der Auffassung, dass die zur Zeit auf innerpolitischem Gebiet feststellbare Beruhigung der nachgiebigen Haltung der Regierung oder aber - so weit es den Lehrerkonflikt angeht - auf die Initiative des Reichskommissars zurückzuführen sei.

Das allgemeine Interesse an den militärischen Vorgängen hat in den letzten Wochen und Tagen stark zugenommen. Im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit stehen dabei die Ostfront und die Gerüchte über englisch-amerikanische Invasionsabsichten in Norwegen.

Bei der Beurteilung der militärischen Situation an der Ostfront ist man umso weniger zu einer klaren Stellungnahme-geneigt, als die den ganzen Winter über genährten Hoffnungen auf eine entscheidende deutsche Niederlage in Russland sich nach der Wiedereroberung von Kertsch als falsch erwiesen haben. Im allgemeinen rechnet man nunmehr doch damit, dass die deutschen Truppen bei der kommenden Offensive wiederum grosse Siege erreichen und weite Landstrecken erobern werden. Die Hoffnungen sind dementsprechend im allgemeinen darauf gerichtet, dass den deutschen Truppen kein entscheidender Sieg über die Sowjetrussen gelingen möge und dadurch die Front in Russland aufrecht erhalten bleibe, was - nach Auffassung weiterer Kreise - zur endgültigen Erschöpfung und Ermattung Deutschlands führen müsse.

Diese Hoffnungen stützen sich u.a. auch auf die Bemerkung des Führers in seiner letzten Rede, worin er feststellte, dass für die Ausrüstung der deutschen Truppen in Russland für den nächsten Winter in grosszügiger Weise gesorgt werde.

Weitere Hoffnungen schöpft man immer wieder aus Gerüchten über die Erschöpfung der inneren Front Deutschlands. Auch auf diesem Gebiet erblickt man in der letzten Führerrede eine Bestätigung seiner Hoffnungen.

Absolut positiv werden die Aussichten der deutschen Offensive in Russland lediglich in Nordnorwegen beurteilt. Hier haben offenbar die starken deutschen Truppenbewegungen einen tiefen Eindruck auf die Bevölkerung hinterlassen.

Aus zahlreichen Gebieten wird berichtet, dass das starke Interesse an den militärischen Vorgängen in Russland vielfach von der Sorge vor einem weiteren Kriegswinter diktiert sei. Besonders in den breiten Kreisen der Bevölkerung könne man häufiger die Auffassung hören, der kommende Sommer müsse eine Entscheidung auf militärischem Gebiet herbeiführen = Der kommende Winter würde andernfalls ernährungsmässig zu einer Katastrophe führen. Wie weit verbreitet die Sorge vor einem dritten Kriegswinter ist, geht allein daraus hervor, dass fast die gesamte Bevölkerung bemüht ist, Gartenland zu erwerben bzw. zu pachten und zu bebauen.

Die Hoffnungen auf eine englisch-amerikanische Invasion sind stark zurückgegangen. Vor allen Dingen werden auch die Aussichten einer solchen alliierten Aktion meistens sehr pessimistisch beurteilt. Die deutschen Truppenbewegungen, Munitions- und Materialtransporte sowie der Stand der Befestigungsarbeiten an der Westküste lassen offenbar der Bevölkerung die Aussichten für eine Invasion ausserordentlich geringerschei-nen.

Verhältnismässig starke Beachtung finden im allgemeinen die deutschen U-Booterfolge an der amerikanischen Küste und im Eismeer.

Auffallend wenig beachtet bleiben die Vorgänge im Fernen Osten. Obgleich die illegale Flugblattpresse gerade in den letzten Tagen den Versuch unternahm, das allgemeine Interesse auf den angeblichen englisch-amerikanischen Seesieg im

- 3 -

Korallenmeer hinzulegen, lassen hier vorliegende Meldungen erkennen, dass dieses Ereignis nur wenig besprochen wird. Offenbar ist die Bevölkerung nicht bereit, den Meldungen über die Versenkung vieler japanischer Kriegsschiffe Glauben zu schenken.

Die Vorgänge auf der Insel Tellevaag (Erschiessung zweier Beamter der deutschen Sicherheitspolizei) sowie die Erschiessung von 18 "Englandfahrern" werden in Oslo so gut wie überhaupt nicht erörtert. Im übrigen wird lediglich aus Nordnorwegen und Bergen eine starke Reaktion der Bevölkerung gemeldet.

In dem Bergener Bericht heisst es u.a.:

"Im Vordergrund aller Erörterungen der Bevölkerung der Westküste steht der Zwischenfall auf der Insel Tellevaag, wo bekanntlich zwei Angehörige der Sicherheitspolizei von in englischen Diensten stehenden Norwegern erschossen wurden.

Dieser Vorgang verbreitete sich in unglaublich kurzer Zeit in der Stadt Bergen, wo die Bevölkerung zunächst, mit Ausnahme der NS-Mitglieder und einiger besonnener Kreise, die Nachricht mit Freude und Genugtuung aufnahm. "Endlich haben mal norwegische Patrioten der Gestapo bewiesen, dass es nunmehr an Ende geht mit der Herrschaft der Deutschen." Solche und ähnliche Äusserungen konnten überall gehört werden. Über die äusseren Umstände der Mordtat waren die verschiedensten Versionen zu hören, allgemein war man der Auffassung, dass die Erschiessung der Beiden beschlossene Sache der Widerstandskreise gewesen sei und dies gut "funktioniert" habe".

Beim Bekanntwerden der Tatsache, dass bei der Schiesserei ein Norweger getötet und ein zweiter schwer verwundet wurde und dass der ganze Zwischenfall durch die Angeberei eines Angehörigen der norwegischen Staatspolizei verursacht wurde, begann man mit unerschütterten Worten über die Angehörigen der norwegischen Staatspolizei zu sprechen,

die man als Handlanger und Spitzel der Gestapo bezeichnete.

Am Tage der Beisetzung der SS-Führer hatten sich in der Nähe der Dienststelle sowie in den Strassen, durch die sich die Trauerparade bewegte, zum Teil grosse Menschenmassen angesammelt, in deren Mienen durchweg die Genugtuung über die Mordtat zu lesen war. In vielen Fällen bewegten sich Norweger mit hämischen Lächeln an dem Trauerzug vorbei oder standen in einer bewusst gleichgültigen Haltung am Bürgersteig. Nur in vereinzelt Fällen wurden vor den Särgen die Hüte abgenommen. NS-Angehörige, die die Särge grüssten, waren allgemein das Ziel von frechen Bemerkungen Umstehender.

Genau so demonstrativ verhielt sich der Grossteil der norwegischen Polizeibeamten, die sich sichtlich Mühe gaben, beim Absperrungsdienst oder beim Vorüberkommen des Trauerzuges eine gleichgültige Haltung anzunehmen.

Beim Erscheinen der Presseveröffentlichung, wonach am Tage der Beisetzung 18 Norweger<sup>er</sup> erschossen wurden, hat sich die gewissermassen "frohe" Stimmung der deutschfeindlichen Bevölkerung wesentlich gewandelt und einer grossen Verbitterung Platz gemacht. Dazu kam dann noch die Mitteilung, dass auf Tellevaag verschiedene Häuser gesprengt und die Einwohnerschaft verhaftet worden sei. Eingehend wurden die verschiedensten Einzelheiten, die sich hierbei auf Tellevaag abgespielt haben sollten, geschildert und die "arme und unschuldige Bevölkerung" bedauert. In diesem Zusammenhang wurde sogar erzählt, dass die Häuser deshalb verbrannt und 18 Norweger erschossen worden seien, weil dies gewissermassen ein germanisches Opferfest für die erschossenen SS-Führer gewesen sei.

Die Nachricht von der restlosen Evakuierung der Ortschaft und Niederbrennung hat die gereizte Stimmung, wenn überhaupt noch möglich, weiter verstärkt. Man sprach von Barbarei und erwähnte, dass die Deutschen keinen Grund

- 5 -

hätten, über den Bolschewismus und dessen Greuelthaten zu berichten, denn das, was hier vor sich ginge, sei noch schlimmer und stelle eine Kulturschande dar, zu der nur Barbaren fähig wären.

Mit grossem Interesse verfolgte man das Schicksal der von der Insel abgeführten Männer und Frauen. So sammelten sich viele Neugierige vor der Schule, in welcher die Frauen und Kinder untergebracht waren und gaben diese in schärfsten Redewendungen und Wünschen ihrer Meinung Ausdruck. Durch Fernsprecher wurden von unbekannter Seite die umliegenden Anwohner der Schule aufgefordert, für die Frauen und Kinder Betten, Kleidungsstücke und Essen in der Schule abzuliefern, eine Aufforderung, der in grösstem Ausmasse Folge geleistet wurde. In diesem Zusammenhang wurde jedoch der Rat gegeben, das Essen in kleineren Mengen anzuliefern, damit es nicht die Deutschen für sich behalten würden.

Im übrigen beschäftigt man sich mit dem Schicksal der Frauen und Kinder und fragt, wieviel wohl davon erschossen werden würden.

Der ganze Vorfall hat neben verschiedenen anderen Nebenerscheinungen wie z.B. Zurückhaltung deutscher Soldaten gegenüber Personen, die sich früher nicht scheuten, sich mit einem Soldaten in der Öffentlichkeit zu zeigen u.ä. dazu geführt, dass grössere Teile der Bevölkerung sich mit der Möglichkeit einer Invasion mehr denn je beschäftigen und feststellen, dass die Verbindung zwischen Norwegen und England trotz aller Anstrengungen der deutschen Behörden nach wie vor gut sei. Weiter wird festgestellt, dass, wenn eine solche Zentrale in Tellevaag vorhanden gewesen sei, dies auch noch an anderen Orten der Fall wäre und die Verbindung deshalb auch weiterhin bestehen bleibe.

✕

- 6 -

Im Zusammenhang mit den Vorfällen auf Tellevaag wird auch darauf hingewiesen, dass an der schwedischen Grenze ein Polizeibeamter erschossen worden und von London aus nunmehr der Schiessbefehl gegeben worden sei. Damit sei die zukünftige Fatale von "Patrioten" immer mit einem Risiko verbunden.

Im übrigen kann festgestellt werden, dass man in Bergen trotz der Freude über die Erschiessung der beiden Beamten zunächst in den ersten Tagen ziemlich bedrückt war, da man unmittelbare Massnahmen gegen die Bevölkerung der Stadt erwartete. Nachdem dies nicht der Fall war, wird das Auftreten selbstbewusster und frecher und manchmal über, das Nichteintreten der erwarteten Sanktionsmassnahmen als Schwäche zu bezeichnen. Da und dort spricht man auch vom widererwachten "norwegischen Wehrgeist" und ist überzeugt, dass zukünftig solche Zwischenfälle an der Tagesordnung seien."

Seite 7 und 8 fehlen:

2

B. G e g n e r :a) Widerstand:

Der 1. Mai ist allgemein ruhig verlaufen. Lediglich in Bergen wurden in der Nacht zum 1. Mai 1942 mit Schreibmaschine hergestellte illegale Handzettel folgenden Inhalts an verschiedene Häuser angeklebt:

" Am 1. Mai muessen sich alle Leute von der Strasse fernhalten, weil die Nazisten wahrscheinlich Flugblätter aussenden werden, die so aussehen sollen, als ob sie von englischen Flugzeugen abgeworfen worden seien. Die Leute muessen sich bereithalten. Seid wachsam, lasst Terboven so wie in Aalesund eine volksleere Stadt finden. Es lebe der König Haakon."

Im Kampf mit von England abgesetzten Agenten sind am 26.4.42 in Tollevaag auf der Insel Sotra zwei Beamte der Sicherheitspolizei gefallen und wurde ein Beamter durch einen Schuss in die Schulter verwundet. Ein Agent wurde erschossen und ein anderer schwer verletzt. Im Zuge der weiteren Ermittlungen konnten erhebliche Mengen Sprengstoff und Waffen sichergestellt werden.

Da ein grosser Teil der Einwohnerschaft Tollevaags Engländern laufend Unterstützung gewährt hatte, wurden sämtliche Personen der Insel Tollevaag als Geiseln festgenommen und ihre Häuser niedergebrannt.

Am 3. Mai 1942 kam es in Drammen bei der Festnahme eines englischen Agenten zu einem Feuergefecht zwischen diesem und Beamten der Sicherheitspolizei, in dessen Verlauf der englische Agent durch mehrere Schüsse schwer verletzt wurde.

In der Berichtszeit wurden folgende neue Flugblätter und Flugschriften erfasst:

./.

## 1. "Macht und Religion".

Das Flugblatt (eine Schreibmaschinenseite) versucht nachzuweisen, dass Adolf Hitler und der Nationalsozialismus sich von Gottesglauben freimachen und die Kirche bekämpfen. Das Blatt ist im Abzugsverfahren hergestellt.

## 2. "Jøssing".

Es war in mehreren Exemplaren in Hausbriefkästen der Stadt Stavanger geworfen worden. Der Kopf trägt in grossen Buchstaben die Ueberschrift "Jøssing", darunter zwei gekreuzte Fahnen. Neben der norwegischen Flagge steht "Stavanger", neben der englischen "London", darunter "Jahrgang 1, April, 3. Woche". Das Flugblatt besteht aus zwei Blättern, die mit Schreibmaschine doppelseitig beschrieben und im Abzugsverfahren vervielfältigt sind. Das Blatt versucht klarzustellen, dass die heutigen Zeitungen unter dem Einfluss der Nazisten stehen und nicht objektiv sind. Das sei fuer den Hersteller der illegalen Zeitung Veranlassung, mit seinen Leuten in London in Verbindung zu stehen und die Zeitung "Jøssing" herauszugeben.

## 3. In Kirkenes wurden am 4.5.42 folgende neue illegale Flugblätter auBer Strasse gefunden:

## a) "Jungarbeiter Deutschlands"

Hitler versprach Euch eine glueckliche Jugend, doch brachte er Zwangsarbeit, Hunger und Tod. Genug der Leiden. Es lebe der deutsche Jugendverband.

## b) "Junge deutsche Soldaten"

Die Faschisten haben Dein Bewusstsein mit dem Gift des Chauvinismus und der Verachtung anderer Völker durchtränkt. Die Feindschaft der Völker gereicht nur Deinen Feinden, der hitlerischen Banditenschar, zum Nutzen. Merke Dir das und kehre Deine Waffen gegen den Faschismus.

./.

- 11 -

Die Hersteller und Verbreiter dieser Flugblätter sind bisher nicht ermittelt worden.

4. "Alt for Norge" (Organ der nationalen Front)
5. "London Nytt" (Londoner Neuheiten)
6. "Tilleg til Norsk Tidend, Nr. 1 1942" (Stalins Rede vom 6. November 1941).

c) In der Berichtszeit erfolgten folgende Festnahmen wegen sonstiger reichsfeindlicher Betätigung.

9	Festnahmen wegen	Beleidigung des Fuehrers, der Wehrmacht und des deutschen Volkes,
3	"	"
19	"	"
8	"	"
13	"	"
19	"	"
14	"	"
8	"	"
1	"	"
182	"	"
2	"	"
1	"	"
6	"	"
56	"	"
23	"	"
22	"	"
2	"	"
26	"	"

b) Kommunisten:

Im Laufe der Ermittlungen gegen die illegale kommunistische Organisation wurde zunächst, außer den bereits bekanntge-

./.

- 12 -

wordenen 9 Sprengstoffanschlägen, der am 25,3,42 an einem NS-Mann in Aarnes veruebte Mord aufgeklärt. Einer der festgenommenen Kommunisten hat diesen Mord zugegeben. Als Mittäter bzw. mittelbarer Helfer an dem Mord und an den Sprengstoffanschlägen wurden 15 weitere Personen festgenommen. Bei mehreren der festgenommenen Personen wurden bei der Durchsuchung der Wohnung kleinere Mengen Sprengmittel und Sprengvorrichtungen sowie Waffen, Munition, militärische Ausrüstungsstücke und belastendes Schriftmaterial gefunden. Davon sind besonders folgende zwei im Abzugsverfahren hergestellte Anweisungen von Bedeutung:

1. "Anweisung fuer den Guerillakrieg und Sabotage"
2. "Kurze Anweisung fuer die Arbeit in den Kompanien".

Im Laufe der Vernehmungen haben zwei der Festgenommenen zugegeben, im Walde, in der Nähe ihrer Wohnungen, Sprengstoff, Waffen und Munition versteckt zu haben. An der bezeichneten Stelle wurden grössere Mengen hiervon sichergestellt.

Die Kommunisten (zum grössten Teil Rotspanienkämpfer) hatten auch Verbindung zu einer "Jassing Organisation" (Illegale Militärorganisation). So ist der von den Kommunisten veruebte Mord im Auftrage und in Entlohnung durch die Jassing Organisation ausgeführt worden. Als führende Köpfe treten fast durchwegs ehemalige norwegische Offiziere in Erscheinung. Aufgabe dieser Organisation ist, ihre Mitglieder auf eine Invasion der Engländer vorzubereiten, um ggf. aktiv an Kämpfe auf englischer Seite teilzunehmen. Umfangreiche Materialbeschaffungen (Sprengstoff, Waffen, Munition, Skimuetzen, Skischlitten und Rucksäcke) waren fuer diesen Zweck durchgeführt worden.

- 13 -

c) Kirche.

Die Lage auf kirchlichem Gebiet hat sich seit den letzten Tagen des April erheblich beruhigt. Diese Tatsache ist auf ein weitgehendes Entgegenkommen des Kirchendepartements zurückzuführen. Über die im letzten Lagebericht angedeutete Auslegung der Abschiedsgesuche hinaus nahm Expeditionschef Feyling persönlich mit dem ehemaligen Domprobst Hygen Verbindung auf. Hierbei schlug er Hygen, den er mit Domprobst anredete, vor, eine Aussprache zwischen ihm und einer Osloer Pfarerversammlung "zwecks gegenseitiger Unterrichtung" zu stande zu bringen.

Hygen erklärte, dass er die Osloer Pfarrer wohl nicht dazu bringen könne, da die Witterung gegen das Departement wegen der Art der Behandlung der Geistlichen zu stark wäre. Am 28. schrieb darauf Hygen an Feyling einen Brief, in dem er feststellte:

- 1.) dass die Amtsniederlegung der Pfarrer keine Aktion gegen den Staat darstelle,
- 2.) dass die Handlung und Haltung der Pfarrer nicht von einer "geistlichen Clique" diktiert werde, sondern dass sie praktisch das gesamte Christenvolk des Landes hinter sich hätte,
- 3.) die Kirche könne es sich nicht gefallen lassen, dass Bischöfen und Pfarrern das Recht zum Tragen von Amtstitel und Tracht, das sie durch Ordination erhalten hätten, genommen würde. Das gleiche gelte in noch höherem Masse für das Rede- und Verbot. Es wären nicht die Geistlichen gewesen, die die Arbeit sabotieren, sondern das Kirchendepartement.

Der ganze Brief Hygens ist in einem scharfen Ton gehalten. Überhaupt erweckt die Haltung Hygens in der letzten Zeit mehr und mehr den Eindruck, dass er sich - gewollt oder

- 14 -

ungewollt - zum Führer der kirchlichen Opposition gemacht hat und damit das Erbe Berggravs antritt.

Mündlich äusserte Hygen, dass er für eine Beilegung des Konflikts nur 2 Möglichkeiten sehe, entweder die Herstellung des früheren Zustandes, d.h. Wiedereinsetzung der Bischöfe und abgesetzten Pfarrer oder Bildung einer freistaatsunabhängigen Volkskirche.

Am 1. Mai beantwortete das Kirchendepartement den Brief Hygens mit einem Rundschreiben an alle Pfarrer und ging dabei nur auf den letzten Punkt ein. In dem Brief heisst es u.a.:

"Für die Gegenwart will das Departement darauf aufmerksam machen, dass jeder Pfarrer, der in seinem Büro eine der vorliegenden Ausgaben vom "Norwegischen Kirchenrecht" hat, sich davon überzeugen kann, dass diejenigen Pfarrer, die oben angeführter Parole folgen, (Amtsniederlegung) es unterlassen, ihre Dienstpflichten auszuführen und damit die geltenden Bestimmungen innerhalb der norwegischen Kirche überschreiten.

Wie früher angeführt, ist die Amtsniederlegung an sich ungesetzlich und deshalb auch ungültig, sodass alle Pfarrer denen nicht Abschied erteilt ist (evtl. nach eingesandtem Abschiedsgesuch) rechtlich gesehen immer noch in ihren Ämtern stehen und deshalb verpflichtet sind, sämtliche Funktionen des Amtes auszuführen."

Das bereits in den letzten Meldungen aus Norwegen erwähnte "Kirchliche Weissbuch" wird entgegen dem Plan des Kirchendepartements auf persönliche Anordnung des Reichskommissars nicht zum öffentlichen Verkauf gelangen, sondern lediglich deutschen und norwegischen Behörden und einigen Geistlichen und Schuldirektoren zur Information zugestellt werden. Das Weissbuch ist in diesen Tagen fertiggestellt worden. In einer umfangreichen Zusammenstellung von Doku-

- 15 -

menten wird herausgestellt, dass vonseiten des Staates keinerlei Eingriffe in das religiöse Leben vorgenommen worden sind.

Die im letzten Bericht angegebenen Zahlen über Geistliche, die ihre Ämter nicht niedergelegt haben, haben sich z.T. stark verschoben. Die folgende Tabelle gibt den Stand vom 1. Mai wieder. Die in Klammern beigefügten Zahlen wurden im letzten Bericht angeführt.

<u>Bistum:</u>	<u>Gesamtzahl der amtierenden Pfarrer:</u>	<u>Davon Ämter nicht nieder- gelegt:</u>	<u>Prozent- satz:</u>
Oslo	204	29 (32)	14,2(19,8)
Kristiansand	36	15 (18)	17,4(20,9)
Stavanger	42	5 (6)	11,9(14,3)
Hamar	68	15 (17)	22,0(25,0)
Drontheim	98	10 (28)	10,2(25,5)
Bergen	104	<u>11 (54)</u>	<u>10,5(51,9)</u>

Die Internierung Berggravs in seinem Landhause wird in Kirchenkreisen als eine für einen ehemaligen Bischof unwürdige Behandlung angesehen. Berggrav hat durch seinen Verteidiger Larsen mitteilen lassen, dass er zu Verhandlungen bereit sei.

- 16 -

C. Lebensgebiete.a) Nasjonal Samling.

Während in Oslo die Haltung weicher Kreise der NS zu den parteiinternen Vorgängen bisher in kritischen Stellungnahmen um Ausdruck kam und sich nun stimmungsmässig in einem mitunter starken Pessimismus auswirkte, steht auch in den übrigen Teilen des Landes die Entwicklung der NS unter dem ungunstigen Einfluss solcher Erscheinungen und leidet im steigenden Masse an den Auswirkungen der Konflikte innerhalb der Partei.

Aus allen Teilen des Landes wird übereinstimmend über eine Teilnahmslosigkeit der NS-Mitglieder gegenüber den grossen politischen und kriegerischen Geschehnissen einerseits und eine gewisse Mutlosigkeit unter dem Eindruck der innerpolitischen Schwierigkeiten andererseits berichtet. Die Auswirkungen der Konflikte, die fast überall innerhalb der örtlichen Führungen bestehen, sind auffallendes Nachlassen und mitunter Stillstand der Parteiarbeit.

Mit dem nachstehenden Bericht aus Bergen, der die Lage im dortigen Fylke schildert, sind gleichzeitig die Verhältnisse auch in den übrigen anderen Gebieten charakterisiert. In dem Bericht heisst es:

„Die Stimmung der NS-Mitglieder ist nach wie vor gekennzeichnet, durch die in den letzten Monaten entstandenen innerpolitischen Schwierigkeiten wie z.B. Lehrer- und Pfarrerfrage. Besonders die Haltung der Lehrer hat innerhalb der NS eine gewisse Zaghaftigkeit hervorgerufen, da man mit einem solchen Widerstand nicht gerechnet hatte. Diese äusseren Umstände in Verbindung mit den inneren Positionskämpfen haben eine lustlose und pessimistische Stimmung geschaffen, die der ganzen Arbeit ihren Stempel aufdrückt. In der Entwicklung der NS scheint ein ausgesprochener Stillstand eingetreten zu sein. Weder durch Versammlungen oder Propaganda ist die NS besonders in Erscheinung getreten. Diese Zurückhaltung dürfte der Ausdruck der im Augenblick dort herrschenden gedrückten Stimmung sein. Misstimmung und Mutlosigkeit kommt immer wieder bei Unterhaltungen mit Mitgliedern zum Ausdruck,

- 17 -

wobei in erster Linie der Mangel an Zusammenhalt innerhalb der Partei sowie die Gruppenbildung und die gegenseitigen Anfeindungen kritisiert werden."

In einem Bericht aus Drontheim heisst es, dass die Stimmung innerhalb der NS durch wachsende Kritik an der örtlichen Führung als auch an der Parteileitung in Oslo gekennzeichnet sei, wozu in letzter Zeit besonders die Lehrer- und Kirchenfrage Anlass gegeben habe.

In dem Bericht aus Stavanger wird darauf hingewiesen, dass innerhalb der örtlichen Führung erstmalig Kritik an den führenden Männern in Oslo geübt werde. Nach Ansicht eines dortigen führenden NS-Mitgliedes sei die Haltung vieler Stellen in Oslo in der Zusammenarbeit mit den Deutschen nicht ehrlich. Verschiedentlich sei ihm in Oslo gesagt worden, dass über manche Dinge mit den Deutschen nicht gesprochen werden solle.

Aus Kristiansand wird berichtet, "dass die Ursachen für die fehlenden Fortschritte unverkennbar in den internen Konflikten innerhalb der NS liegen, dass die Arbeit innerhalb der einzelnen Gliederungen dadurch gehemmt ist und eine gewisse Unzufriedenheit bei vielen Mitgliedern in Erscheinung tritt."

Die innerpolitischen Massnahmen, die Lehrer-Aktion, Kirchenfrage, besonders aber das Jugenddienstgesetz werden in breiten Kreisen der NS häufig kritisch kommentiert. So wird u.B. der Ausgang des Lehrerkonfliktes von der Mehrzahl der Mitglieder als Rückzug der NS empfunden.

Bezeichnend hierfür ist der Ausspruch eines NSUF-Fylkesleiters, der sich nach der Rückkehr von der Fylkesleiter-tagung in Oslo wie folgt äusserte:

"Es ist bedauerlich, dass man Gesetze und Verordnungen erlässt und diese erst nach der Veröffentlichung auf ihre Durchführbarkeit prüft. Leider hat man in dieser Hinsicht bei uns in der NS noch immer nicht gelernt, und die Folge davon ist, dass man Kompromisse eingehen muss."

- 18 -

Im Hird wird mit einer planmässigen Mundpropaganda, die von persönlichen Freunden des früheren Stabschefs S a e t h e r und des Hirdregimentsführers und jetzigen beurlaubten Hirdchefs M ö y s t a d lanciert wird, die Inhaltslosigkeit des Dienstes im Hird kritisiert und dafür der jetzige Stabschef verantwortlich gemacht. Der Adjutant L ö y s t a d s beim Hirdregiment 2 richtete an Quisling eine Denkschrift, die sich im wesentlichen mit der üblichen Kritik an den Zuständen im Hird deckt. In der Denkschrift werden eine Reihe Zustände kritisiert, die bereits früher im Hird unter der Führung des vorhergehenden Stabschefs S a e t h e r in Erscheinung getreten waren. Ebenso wie die erwähnte Flasterpropaganda gegen Thronsen versucht die Denkschrift die Stellung des jetzigen Stabschefs mit einzelnen Angaben über den mangelhaften Dienstbetrieb zu erschüttern. Auf der anderen Seite macht sich in steigendem Masse eine Sabotage der Arbeit und des Dienstes im Hird bemerkbar. Von einzelnen Hirdleuten wird offen zugegeben, dass innerhalb des Hird eine solche Sabotage propagiert wird. Insbesondere werde die derzeitige allgemeine schlechte Stimmung von Freunden S a e t h e r s ausgenutzt, um Thronsen die Arbeit zu erschweren.

Von Hirdseite, die dem früheren Stabschef S a e t h e r nahesteht, wird zugegeben, dass man bestrebt sei, Hirdfahrer, die mit den Verhältnissen im Hird unzufrieden sind, im Jugenddienst unter Tiedemann R u u d und in AT einzubauen.

Innerhalb der Parteiführung selbst geht der Kampf um einzelne Positionen weiter. Wie von fahrender NS-Seite verlautet, ist die Behandlung von Vorschlägen, wonach Minister Lunde Fylkesfører von Gross-Oslo werden soll, in ein akutes Stadium getreten. Lunde will offenbar wie Dr. Gëbbels im Reich gleichzeitig Gauleiter der Hauptstadt werden. Zweifellos ist dieser Plan, der offenbar die Unterstützung Minister Fuglesangs genießt, ein Teilstück der Aktion gegen Minister

- 19 -

Hagelin und die Familie Thronsen.

In Denkschriften an Quisling wurde in der letzten Zeit wiederholt versucht, Entscheidungen des Försers der Nasjonal Samling innerhalb dieses Streites und verschiedener anderer örtlicher Konflikte herbeizuführen.

Im Fylke Hordaland (Bergen) ist nach vertraulichen Informationen eine Aktion alter NS-Mitglieder im Gange mit dem Ziele, die Entfernung des Fylkesförsers Astrup zu erreichen. Zu diesem Zweck soll in den nächsten Tagen ein Beauftragter dieser Gruppe Quisling eine Denkschrift überbringen, in der die alten Mitglieder die Absetzung des jetzigen Fylkesförsers verlangen, widrigenfalls sie die Konsequenzen ziehen und aus der NS austreten würden. Dem jetzigen Fylkesförser wird vorgeworfen, dass er nicht in der Lage sei, eine planmässige Zusammenarbeit der Fylkesleitung herbeizuführen. Nachdem er sich wochenlang nicht um die Arbeit der verschiedenen Fylkestabsleiter kümmere, stosse er bei irgend-einer Gelegenheit die ganze Arbeit und die Anordnungen dieser Männer um. Weiterhin werden diesem Fylkesförser Vorwürfe wegen seiner schlechten Personalpolitik gemacht. Die zur Zeit ungünstige Mitgliederbewegung im Fylke wird auf diese Verhältnisse innerhalb der Führung zurückgeführt. Nach Angabe eines NS-Mitgliedes sollen zur Zeit die Austrittserklärungen die Neueintritte überwiegen.

Bezeichnend für die Verhältnisse der dortigen NS ist die Äusserung einer von Harstad nach Bergen übersiedelten Angehörigen des Kvinnehird, die nun seit einigen Monaten im Bergener Hird angemeldet ist.

"In Harstad waren die inneren Verhältnisse nicht gut, aber in Bergen ist es geradezu schlecht."

Weiter erklärte sie, dass in Harstad die NS ehrlich auf der Seite der Deutschen stehen würde, während sie in Bergen in gewisser Hinsicht immer wieder das Gegenteil feststellen müsse.

- 20 -

Auch von Seiten alter NS-Mitglieder Drontheims, ist, wie aus einem Drontheimer Bericht hervorgeht, beabsichtigt, Quisling eine Denkschrift über die beiden Fylkesfører von Sør- und Nord-Trøndelag, Røgstad und Martens, zu überreichen. In der Denkschrift soll darauf hingewiesen werden, dass die beiden Fylkesfører während ihrer bisherigen Tätigkeit einen Mangel an Erfahrung und Menschenkenntnis gezeigt hätten, der sich für die Entwicklung der Partei ungünstig ausgewirkt habe.

Es soll erreicht werden, dass diese Fylkesfører vorübergehend mit denjenigen anderer Gebiete ausgetauscht werden, damit sie so Gelegenheit haben, ihren Gesichtskreis zu erweitern und Erfahrungen zu sammeln.

Seitens nordnorwegischer NS-Kreise war man mit verschiedenen Denkschriften bisher erfolglos bemüht, Quisling und den Generalsekretär Fuglesang von der Notwendigkeit der Wiedereinsetzung des früheren Fylkesførers Fredriksen zu überzeugen.

Im Fylke Troms hat die Abberufung des Fylkesførers Fredriksen innerhalb der NS zu einer Unzufriedenheit und Zersplitterung geführt, die sehr schnell bei den Gegner bekannt wurde, und dort in Zusammenhang mit den Schwierigkeiten durch die Kirchen- und Lehrerkrise als eindeutiger Beweis der Unfähigkeit der gesamten NS betrachtet wird. Die Kritik von Seiten der NS-Mitglieder über Massnahmen Oslos nimmt daher mitunter aggressive Formen an. So wurde die Abberufung Fredriksens mit folgendem Hinweis kommentiert:

"Jetzt könnt ihr schon, was Quisling einem Bauernjungen für 9 Jahre in der Hölle bezahlt."

Die lebhafteste Erörterung der Freimaurerfrage innerhalb der Partei und besonders des Hird ist nach Angabe von führenden der NS-Seite in der obersten Parteiführung wohl bekannt, man vermeide jedoch grundsätzliche Aussprachen und Stellungnahmen.

- 21 -

Inzwischen hat die Diskussion der Freimaurerfrage in breitesten Kreisen der Mitglieder aufgenommen und teilweise NS-Mitglieder in Führungsstellen erfasst. Im Hird wird im Zusammenhang mit der Freimaurerfrage die Parteiführung immer wieder stark kritisiert und angezweifelt.

Über die Massnahmen, die auf Grund verschiedener Erscheinungen in der Partei ergriffen werden müssen, ist man, wie von führender Parteistelle verlautet wird, keineswegs einig. Das trifft insbesondere auf die in Oslo in den letzten Tagen erfolgten rund 50 Austritte von Polizisten aus der NS zu. Die Polizisten geben einheitlich ihrem Austritt folgende Begründung:

Die Polizisten seien <sup>erst</sup> seit in die NS eingetreten, in der Annahme, dass die Mitgliedschaft in der NS nunmehr obligatorisch für jeden Polizeibeamten sei. Es hätte sich aber gezeigt, dass nur ein kleiner Teil der Polizisten der NS beitrete, der weit aus grössere Teil, der der NS fernblieb, sei in keiner Weise dadurch zu einem Nachteil gekommen. Polizisten, die in der Zwischenzeit ausgetreten waren, seien vielmehr befördert worden. Unter diesen Umständen seien die Polizisten nun ebenfalls zu dem Entschluss gekommen; aus der NS auszutreten.

b) Kulturelle Gebiete.Hochschule und Wissenschaft.

Die Hörerschaft an der Universität Oslo beträgt nach wie vor nur ca 60-70 % der fuer das laufende Semester immatrikulierten Studenten. Gleichzeitig ist festzustellen, dass gegenwärtig die politischen Fragen gegenüber dem Bestreben, das Studium so zeitig wie möglich zu beenden, in den Hintergrund treten. Ein grosser Teil der Studenten, die z.Zt. aus Gruenden der politischen Gegnerschaft die Universität nicht besucht, geht an der bekannten Deichmannschen Bibliothek privat seinen Studien nach.

Das von der Deutschen Reichsstudentenführung in Dresden einberufene Treffen der Frontstudenten aller befreundeten Nationen, zu dem auch eine (unter Leitung des Studentenführers Rolf Holm stehende) 5-köpfige norwegische Abordnung eingeladen war, hat bei den NS-Studenten lebhaften Widerhall gefunden und wird ueber diese Kreise hinaus als ein neues gunstiges Zeichen im Sinne der fortschreitenden deutschen Anerkennung der norwegischen staatsrechtlichen Ansprueche aufgenommen und demgemäss begruessst.

Die Technische Hochschule in Drontheim wurde am 16.4.42 voruebergehend mit deutschen Truppen belegt. Es handelt sich hierbei um Einheiten, deren Unterkuenfte durch den Erdrutsch von Hommelvik zerstört worden waren. In Anspruch genommen wurden u.a. sämtliche Zeichensäle der Hochschule, wodurch 250 Studenten, die grösstenteils kurz vor dem Examen stehen, ihre Arbeiten unterbrechen mussten. Im Zusammenhang mit dieser Beschlagnahme ist es zu einer Reihe von kleineren Reibereien zwischen der Truppe und den Studenten gekommen. Auf Grund des unbedingt disziplinierten Auftretens der deutschen Seite ist es jedoch zu eigentlichen Zwischenfällen nicht gekommen. Es wird in diesem Zusammenhang von der Wehrmacht betont, dass der Rektor der T.H., Prof. Heggstad, ./.

der positiv zur Neuordnung steht, und der kleine Kreis der NS-Professoren und Studenten sich andererseits tadellos verhalten hatten. Die T.H. ist in der Zwischenzeit wieder freigegeben worden. Zur ganzen Angelegenheit ist abschliessend noch zu bemerken, dass Fylkesfører Rogstad, der bereits zu einem fruheren Zeitpunkt sein Einverständnis zur evtl. Beschlagnahme der Hochschule gegeben hatte (nach einem hier bestehenden bestimmten Eindruck), der fraglichen Massnahme der Wehrmacht seine Unterstützung hat zukommen lassen, um auf diese Weise der verbreiteten Gegnerschaft an der T.H. einen Schlag zu versetzen.

#### Schule und Erziehung.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich der Lehrerkonflikt während des Monats April auf der einen Seite zu immer grösserer Undurchsichtigkeit entwickelte und sich durch einen bereits in grösserem Umfange bestehenden Schüler- und Elternstreik weiterhin zu komplizieren drohte, und auf der anderen Seite in weiten Kreisen der Lehrerschaft (und zwar nicht zuletzt auf Grund der Gerüchte, die ueber die näheren Umstände des Lehrertransportes nach Nordnorwegen unliefern) eine gewisse Bestuerzung und Ratlosigkeit eingetreten war, ergab sich seitens der verschiedenen deutschen und norwegischen Stellen erneut ein Interesse, in der Lehrerangelegenheit nochmals die Initiative zu ergreifen.

Als ein Versuch zur Abwicklung des Lehrerkonfliktes wurde unter dem Datum von 25,4,42 durch das Departement fuer Kirche und Unterricht an alle Schulleitungen des Landes ein Rundschreiben gesandt, in dem noch einmal zu den verschiedenen Bestimmungen des Lehrer-Sammandgesetzes erlauternd Stellung genommen wurde. Der Wortlaut des betreffenden Rundschreibens, das mit massgeblicher Beteiligung der Abteilung fuer Schule und Bildungswesen zustande gekommen ist, wird nachstehend in deutscher Uebersetzung wiedergegeben:

"Das Verhältniss zwischen der Schule und Norges Lærersamband."

Die Lage, welche an den Schulen des Landes eingetreten ist, hat gezeigt, dass die grundlegenden Bestimmungen im Gesetz ueber Norges Lærersambands weitgehend missverstanden und falsch gedeutet worden sind. Dieser Eindruck wird durch eine Reihe Anfragen von Seiten der Eltern und Lehrer bestärkt. Deshalb will das Departement nochmals genau festlegen, wie das Gesetz zu verstehen ist:

Zu § 1

Norges Lærersamband ist keine politische Organisation. Die Mitglieder sind nicht verpflichtet, der Nasjonal Samling anzugehören. Lærersambandet ist eine reine Fachorganisation. Seine Aufgabe ist es, die fachlichen und standesmassigen Interessen der Lehrer zu fördern, unter anderem durch Zusammenkünfte und Versammlungen, Arbeitsausschüsse und Arbeitsgruppen, Kurse (Ferienkurse) und Studienreisen, d.h. er soll Veranstaltungen durchfuehren, welche fuer die Lehrer von Interesse und Bedeutung sind. Die Aufgaben von Lærersambandet sollen mit anderen Worten dieselben sein, wie die anderer Fachorganisationen, nämlich die Lehrer gegenueber dem Staat zu vertreten.

Die Auffassung, dass der einzelne Lehrer verpflichtet sein solle, Dienst in der NS-Jugendorganisation zu tun, ist ein völliges Missverständnis. Die Erziehung der norwegischen Jugend innerhalb der NS-Jugendorganisation kann und wird nur solchen Männern und Frauen anvertraut werden, die eine positive Einstellung zu der neuen Zeit haben.

Aus obigen ist zu erschen, wie schon ausdruecklich in den Rundschreiben des Departements vom 24. und 31. Marz d.J. hervorgehoben wurde, dass die Mitgliedschaft in Norges Lærersamband in keiner Weise fuer den einzelnen Lehrer eine Veränderung in seinen bisherigen Dienstpflichten zur Folge hat.

./.

Zu § 3

Betreffend § 3 soll noch einmal betont werden:

Die Mitgliedschaft im Norges Lærersamband ist eine automatische Folge der Lehrerstellung, d.h. die Mitgliedschaft ist obligatorisch und kann durch persönliche Erklärungen nicht aufgehoben oder geändert werden. Infolgedessen sind alle Austritte rechtswidrig und deshalb ungültig.

Zu § 5

Die in § 5 angedeuteten Ordnungsstrafen können nur vom Departement verhängt werden und dann nur gemäß den Regeln über Ordnungsstrafen, welche für alle öffentlichen Beamten erlassen werden.

Das Departement erwartet, dass sämtliche Lehrer sich sofort zum Dienst melden. Damit erlangen sie gleichzeitig wieder das Recht, vom 1. Mai an ihr Gehalt abzuholen.

Falls Einzelne dieser Aufforderung nicht Folge leisten, ihre Arbeit aufzunehmen, werden die strengsten Maßnahmen gegen sie ergriffen werden.

Die Rundschreiben vom 7. und 17. (für die Höhere Schule) und 19. März (für die Volksschule) werden hierdurch gegenstandslos.

gez. L. Ancke

gez. Norvik. "

Auf Grund des z.Zt. (aus allen Teilen des Landes) vorliegenden Berichtsmaterials ist über die Auswirkung des fraglichen Rundschreibens festzustellen, dass bis zum 11.5.1942 in ungefähr 90 % aller Schulen der Unterricht wieder aufgenommen worden ist. Der Ausfall einer Reihe von Schulen (Kristiansand, Løntheim und dem ganzen Nordlandfylke) erklärt sich aus dem Umstand, dass die betreffenden Gebäude im Zusammenhang mit den derzeitigen Truppen-

./.

bewegungen von der Wehrmacht in Anspruch genommen werden mussten. In einigen Fällen konnte jedoch auch bei diesem Sachverhalt eine behelfsmäßige Durchführung des Unterrichts in gemieteten privaten Räumlichkeiten zustande gebracht werden.

Aus einer Reihe von Berichten über die eigentlichen Ursachen der in den beiden letzten Wochen vor sich gegangenen Beilegung des Lehrerkonfliktes geht hervor, daß - besonders in weiten Kreisen der gegnerischen Lehrerschaft - die Stellungnahme des Reichskommissars zur Lehrerfrage in seiner Rede vom 21.4. d.J. von besonderem Gewicht gewesen ist. Es fehlt daher auch andererseits nicht an Stimmen, die mit beträchtlicher Genugtuung erklären, daß sich hier wieder einmal gezeigt habe, wie wenig die NS nach wie vor zum eigenen Regieren in der Lage sei.

Für die unbedingte Richtigkeit und Dringlichkeit der Beilegung des Lehrerkonfliktes spricht jedoch nicht nur die Tatsache des nahezu augenblicklichen allgemeinen Ablaufens des Unterrichts sondern auch die erhebliche Enttäuschung, die darüber in politischen Gegnerkreisen (in und außerhalb des Fachgebietes) zum Ausdruck gebracht worden ist. Eine ganz besondere Aktualität hatte die Bereinigung der Lehrerkrise ausserdem noch mit Rücksicht auf die vielen widerspruchsvollen Erklärungen und Maßnahmen, die norwegischerseits sowohl durch den Staat und Partei als auch durch den Lehrerbund abgegeben bzw. getroffen wurden, erhalten. Als bezeichnend für das Durcheinander der Auffassungen in der Lehrerfrage kann z.B. angeführt werden, daß zur gleichen Zeit, in der das Departement sich auf das Äußerste bemüht, den Kreis der Lehrer zu erweitern, die zur Erteilung des Unterrichts bereit waren, und der Landesleiter Saether den Abschluß des organisatorischen Aufbaus des Lehrerbundes melden konnte, u.a. der Fylkesfører Astrup in Bergen sich mit den allerschärfsten Er-  
./.

klärungen an die Lehrerschaft wandte, bereit auch den letzten Lehrer verhaften zu lassen, "da man auch ohne sie auskomme". Ähnliche widerspruchsvolle Tendenzen spiegeln sich nahezu täglich auch in der Presse wider.

Bereits vor Erscheinen des Rundschreibens des Departements für Kirche und Unterricht vom 25.4.42 hatten im Lager Falstad aufgrund einer eingehenden Belchrung über den rein fachlichen Charakter des Lehrerbundes und seine Zielsetzungen zunächst 205 und späterhin noch weitere Häftlinge ihren Wiedereintritt in die Berufsorganisation durch Unterschriftsleistung vorgenommen.

Die 160 Lehrer, die aus dem Gebiet dieser Dienststelle nach Entlassung der Vorerwähnten in Falstad eingeliefert worden sollten, sind größtenteils nicht mehr dort hingelangt, weil von diesen gleich nach Erhalt des Befehles, sich bei der norwegischen Staatspolizei zu melden, der Eintritt in den Lehrersamband erklärt wurde. Die Rückkehr der in Falstad in Haft gewesenen Lehrer hat in Verbindung mit der von ihnen geleisteten Unterschrift über die Mitgliedschaft im Lehrersamband auch über die betroffenen Fachkreise hinaus ganz ersichtlich Eindruck gemacht und die gegnerische Haltung stark beeinflußt. Daneben hat sich recht günstig ausgewirkt, daß aus dem Bereich der Dienststelle kein Lehrer zur Verschickung nach Kirkenes gekommen ist.

Nachdem der Gesamtheit der ansitzenden Lehrer (abgesehen von denen, die bereits nach Nordnorwegen in Marsch gesetzt waren) das oben erwähnte Rundschreiben zur Kenntnis gebracht worden ist, haben diese bis auf eine geringe Zahl von Ausnahmen ihre Bereitwilligkeit zur Mitgliedschaft im Lehrerbund erklärt und sind anschließend wieder aus der Haft entlassen worden.

./.

Nachträglich wird in Verbindung mit dem Lehrerkonflikt noch berichtet, dass von den Lehrern, die wegen ihrer Austrittserklärung aus dem Lehrersamband ihr Gehalt gesperrt erhielten, in einzelnen Bezirken ein nicht unerheblicher Teil sehr rasch eine wesentlich besser bezahlte Stellung im allgemeinen Erwerbsleben antreten konnte. Nicht selten ist es hierbei vorgekommen, dass sie in deutschen Firmen oder bei norwegischen Unternehmungen, die in erster Linie für die Wehrmacht beschäftigt waren, ihr Unterkommen fanden und zwar augenscheinlich unter Umgehung des zuständigen Arbeitskontors.

Ähnliches gilt für eine Reihe von Schülern in den oberen Klassen. Mit Bezug auf diese Verhältnisse hat sich feststellen lassen, dass von Seiten dieser Kreise vielfach eine gewisse Unruhe in die Betriebe hineingetragen worden ist.

Die in der vergangenen Woche für das ganze Land veranlasste eingehende Überprüfung der Beteiligung der Lehrer- und Schülerschaft an der Wiederaufnahme des Unterrichts hat ergeben, daß auch die Gefahr eines Schülerstreiks durchweg als überwunden angesehen werden kann. Es dürften daher die nötigen Voraussetzungen für eine Wiederherstellung normaler Verhältnisse auf dem Gebiet der Schule und Erziehung weitgehend vorhanden sein.

Der Schulstreik an der Kathedralschule in Drontheim muß nach der bisher vorhandenen Übersicht als ein Einzelfall betrachtet werden. Der Sachverhalt ist folgender:

Rektor Överaas von der fraglichen Anstalt wurde szt. im Zusammenhang der Austrittserklärungen aus dem Lehrerbund verhaftet, kurz danach jedoch wegen Krankheit wieder entlassen. Im Anschluss daran beantragte er beim Departement Krankheitsurlaub, der ihm auch eingeräumt wurde. Die Schulleitung ist daraufhin in die Hände des Lektors Dr. Henie gelegt worden. Die Schüler der Kathedralschule, die diesen

./.

Sachverhalt nicht kannten, nahmen nunmehr an, daß Rektor Överaas wegen seiner gegnerischen Haltung beurlaubt worden sei und blieben daher am 11.5., d.h. gerade in der Zeit des allgemeinen Wiederbeginns der Schulen, (von 4-5 Ausnahmen je Klasse abgesehen) geschlossen dem Unterricht fern. Auf Grund von Hinweisen in der Drontheimer Tagespresse, die die Schüler aufforderten umgehend zu erscheinen, widrigenfalls mit Ausschluß von jedem weiteren Schulbesuch zu rechnen sei, ist der normale Unterrichtsbetrieb anschließend wieder aufgenommen worden. Die Lehrer haben - soweit bisher bekannt - bei dieser Angelegenheit vielfach ihren Einfluß in durchaus positiver Weise geltend gemacht. Die Schüler, die der verschiedenen Aufforderungen ungeachtet am 15.5. nicht zum Unterricht erschienen waren, - in den meisten Klassen etwa 4-5 - sind vom weiteren Schulbesuch ausgeschlossen worden.

Die in den letzten Tagen eingelaufenen Nachrichten, dass seitens eines erheblichen Teiles der Osloer-Lehrerschaft in Verbindung mit der Wiederaufnahme des Unterrichts vor den Klassen eine (im Abzugsvorfahren hergestellte) Erklärung an die Schüler und Eltern vorgelesen worden ist, in der u.a. zum Ausdruck gebracht wird, dass man sich "nach wie vor nicht als Mitglied des Lehrer-Sambands betrachtet", können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht voll ausgewertet werden. Vieles scheint jedoch dafür zu sprechen, daß es sich hier um einen ziemlich leisen Protest handelt, der erst dadurch eine größere Bedeutung erhalten würde, daß man von amtlicher Seite darauf eingeht. Es besteht dessen ungeachtet eine gewisse Wahrscheinlichkeit, dass es auch in den anderen Landesteilen demnächst zur Abgabe solcher Erklärungen kommen wird. Da es sich hier zweifellos um organisierte Widerstände einer vermutlich kleinen Gruppe von Aktivisten handelt, sind die sbezüglich besondere nachrichtendienstliche Ermittlungen eingeleitet worden.

Die Bekanntmachungen über die Arbeitsdienstpflicht der Abiturienten sind bis jetzt im allgemeinen ohne größeren

./.

Widerspruch aufgenommen worden.

Das Departement für Kirche und Unterricht sandte am 1.5.1942 an sämtliche Höheren- und Volksschulen ein Rundschreiben, in dem es u.a. heisst:

"Betrifft: Arbeitshilfe für die Landwirtschaft durch die Schuljugend.

In einem Schreiben vom 17.4. hat das Sozialdepartement geäußert, dass die Lage auf dem Arbeitsmarkt in Bezug auf die Landwirtschaft in diesem Jahre äußerst schwierig sei. Die Unterlagen, die bisher bei den Arbeitsvermittlungsbüros über den Bedarf an Arbeitskräften eingegangen sind, zeigen deutlich, dass ein beunruhigender Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft vorhanden ist. ....

Das Landwirtschaftsdepartement hat sich in gleicher Sache nach hier gewandt und ist in Übereinstimmung mit dem Sozialdepartement wegen einer Heranziehung der Schuljugend zur Hilfsarbeit in der Landwirtschaft vorstellig geworden.

Das Departement für Kirche und Unterricht sieht die Notwendigkeit dieser Angelegenheit ein und ordnet daher an: "Die Schulleitungen sind berechtigt, die Volksschulen und Höheren Schulen ganz oder teilweise auf ein diesbezügliches Ansuchen seitens der Landwirtschaftskontore oder der Arbeitsvermittlungsbüros von dem Zeitpunkt an, der für notwendig erachtet wird und in dem Ausmaße, in dem eine nutzbringende Verwendung der Schulkinder angenommen werden kann, zu schliessen und zwar, wenn erforderlich, für das restliche Schuljahr.

An den Schulen, die auf dieser Grundlage nicht oder nur teilweise geschlossen werden, ist der Unterricht wie vorgesehen fortzusetzen, jedoch können auch hier die Schüler von der Teilnahme am Unterricht befreit werden, wenn sie eine Bescheinigung des Landmannes, des Bürgermeisters oder des Leiters des Landwirtschafts-

./.

kontors in der Gemeinde, in der sie zum Arbeitseinsatz kommen werden, vorlegen."

Eine entsprechende Stellungnahme der betroffenen Lehrer und Schüler liegt bei Abfassung des Berichts noch nicht vor.

#### Jugenddienstgesetz.

Der im letzten Lagebericht bereits erwähnte Widerstand gegen das Jugenddienstgesetz hält weiter an. Es wurde ein Exemplar eines sehr verbreiteten illegalen Flugblattes erfaßt, das in Übersetzung als Anlage I beigelegt wird. Darin heißt es, daß sich niemand durch die Locktöne der NS verwirren oder überrumpeln lassen dürfe. Vielmehr müßten sich die Eltern im Bewußtsein ihrer Verantwortung und als Streiter für den christlichen Glauben und die Moral derartigen Bestrebungen in einer unerschütterlichen Front entgegenstellen.

Aus Tromsø wird gemeldet, dass dem Jugenddienst im allgemeinen kein besonderes Interesse beigelegt wird. Von einer unbedingten Abneigung sei zwar nicht die Rede, vielmehr werde der NS-Jugenddienst aus grundsätzlicher Ablehnung der NS verworfen.

Über die Bemühungen der christlichen Front, die Jugenderziehung neben den Eltern an sich zu reißen, ist schon in früheren Lageberichten gesprochen worden. Dazu soll ergänzend ein Beispiel aus der Presse mitgeteilt werden. "Nybrott" in Larvik schrieb am 21. März 1942 in seinem Bibeltext des Tages u.a.:

"Wir Eltern sind dafür verantwortlich, daß die Jugend die Lehre Christi hochhält. Und es gibt keine Macht der Welt, die die Jugend aus der verantwortlichen Hand der Eltern reißen kann, um ihr eine Erziehung zu geben, die sich der elterlichen Verantwortung erheben mag."

Gewisse Wochenzeitschriften versuchen, die Erfassung Jugendlicher im Sinne der früheren demokratischen Grundsätze zu organisieren. Es handelt sich dabei offenbar auch um den Wunsch, die aufgelösten Pfadfindergruppen wieder zu beleben. "ALLERS" illustrierte versucht, die Mädel zu erfassen und nennt seinen Klub "A F jenter". "Illustrert Familieblad" arbeitet für einen Klub von Knaben, der sich "J.F.gutter" nennt. In dem hier vorliegenden Blatt heißt es u.a.:

"Jeder Junge hat Pflichten - zuhause, in der Schule, bei der Arbeit - und nicht zuletzt gegen sich selbst. Er soll auf seine Gesundheit achten, sich abhärten, gesund und stark erhalten. Er soll seine Veranlagungen, alles Gute, Ehrliche und Gesunde in seiner Seele entwickeln. Er soll Freude schaffen in sich und für sich selbst. Schaut in die Zukunft! .....

Frei für den Sport! Frei für die Pflicht! Die Zukunftshoffnung unseres Volkes und Landes! "

Während in diesen Kreisen, unter Vorspiegelung einer idealen Erziehung, eine Organisation unter gegnerischer Leitung zu bilden versucht wird, geht die Propaganda gegen den NS-Jugenddienst, der als "Zwangsmobilisierung" gekennzeichnet wird, weiter.

Es ist in Erfahrung gebracht worden, dass Minister Skancke sich z.Zt. mit vorbereitenden Arbeiten zur Errichtung eines sogenannten "Staatsgymnasiums für die Begabtenförderung" befaßt. Den fraglichen Absichten liegt der Gedanke der Schaffung einer norwegischen "Nationalpolitischen Erziehungsanstalt" zugrunde. Nach den bisher vorhandenen Plänen kommt zunächst und zwar teils aus finanziellen Rücksichten, die Errichtung einer Schule in Betracht, die ca 30 Zöglinge aufnehmen kann. Dem repräsentativen Charakter, wie er einer Nationalpolitischen Erziehungsanstalt zukommt, ist damit in keiner Weise Rechnung getragen. Es besteht Anlaß zu der Vermutung, daß Minister Skancke, der von dem Bestehen deutscher  
./.

Pläne zur Errichtung einer dorwärtsigen politischen Bildungsstätte in Norwegen amtlich Kenntnis erhalten hat, sich bei seinen derzeitigen Bestrebungen von den bestehenden Tendenzen leiten läßt, allen inneren Angelegenheiten des Landes möglichst eine norwegische Lösung zu geben.

#### Die Deutsch-Norwegische Gesellschaft.

Die kürzlich gegründete Benzener-Zweiggruppe der "Norsk-Tysk-Selskap" führte am 16.4.42 ihre erste öffentliche Veranstaltung durch, die durch das Künstlerpaar Meta und Willy Heuser einen besonderen Rahmen erhielt. Im Anschluß an die Verlesung der Satzungen durch den Vorsitzenden, Dagfinn Haugh, der als Sinn und Ziel der Vereinigung die Vertiefung der kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Ländern herausstellte, hielt als Hauptredner des Abends Dr. Kristiansen von der Propaganda-Abteilung des Reichskommissars in Bergen einen Vortrag über den deutsch-norwegischen Kulturaustausch in Vergangenheit und Gegenwart.

Das Zustandekommen dieser Zweiggründung der Norsk-Tysk-Selskap ist ohne Vorbehalt ein Verdienst des rührigen Einsatzes von Professor Klaus Hansen.

Bildende Kunst.

Die Verhaftung des Kunstmalers und Oberlehrers an der Kunst- und Handwerkschule in Oslo Per Krogh hat unter den Künstlerln Aufsehen erregt. Kroghs Einfluss auf den Künstlernachwuchs war gross und angesichts seiner kommunistischen Einstellung gefährlich.

Der grösste Teil der Akademieschüler hat unter dem gegenwärtigen Einfluss die Akademie im Laufe des Winters verlassen. Einigen sind Aufträge von den Gegnern zuerteilt worden. Aus Furcht von letzteren sabotiert zu werden, haben mehrere Künstler nicht gewagt, die ihnen zuerkannten staatlichen Stipendien entgegenzunehmen.

Die Beschlagnahme von Kunstnerens Hus durch die Wehrmacht wird von den Gegnern propagandistisch dahin ausgenutzt, dass sie die "als einen Beweis für die deutsche Barbarei" bezeichnen. In "Kunstnerens Hus" befanden sich ausser der Kunstakademie, die Ausstellungsraum für bildende Kunst, sowie die der "Brukskunst" (Kunstgewerbe).

Die Kunstkritik beschäftigte sich mit einer Ausstellung in "Kunstnerforbund". Der feindlich eingestellte "Aftenposten"-Kritiker Dr. Willoch ist durch den von früher her stets als deutsch-freundlich und positiv eingestellten Kristian Haug ersetzt worden. - Finn Nielsen von "Dagbladet" bewies erneut seine Gegnerschaft durch eine stark negative Kritik.

In "Dagbladet" Nr. 33 wird über den wilden Kunsthandel in den Niederlanden berichtet, wo durch Errichtung einer Kunstzomer jetzt die Bereinigung begonnen hat. Der Kunsthandel in Norwegen ist immer noch sehr undurchsichtig. Da die Preise für gute Kunstgegenstände ihren tatsächlichen Wert bereits sehr überschritten haben, und ausserdem viele minderwertige Sachen, denen vielfach Wehrmachtangehörige als Käufer zum Opfer fallen, allt. allerorts ausgetoten

worden, erscheinen geeignete Massnahmen, wie Autorisation des Kunsthandels, wünschenswert.

Die in der Nationalgalerie eröffnete Ausstellung "Kunst und Unkunst" wurde mit grossem Interesse erwartet. Direktor Sören Onsager hat das ausgestellte Material aus den Beständen der Nationalgalerie zusammengestellt.

Leider war durch die Indiskretion von Mitarbeitern des "Departements für Kultur und Volksaufklärung" die Ausstellung schon vorzeitig in der Presse erörtert worden, sodass die Gegner Gelegenheit hatten, eine Gegenpropaganda vorzunehmen, was Direktor Onsager sehr bedauerte. Er wies bei der Eröffnung darauf hin, dass die Nationalgalerie mit dieser Ausstellung den ersten Schritt im Kampf gegen die entartete Kunst tue. Andere müssten folgen, alle Sammlungen müssten bereinigt werden. Dazu benötige man das Verständnis und die Unterstützung des Publikums.

Die gesamte Tagespresse zeigte eine positive Einstellung zu Onsagers Rede, mit Ausnahme von "Dagbladet", das sie bezeichnenderweise nicht erwähnte. Statt dessen brachte Finn Nielsen eine Betrachtung über das Kunstleben in Kopenhagen und Stockholm, in der die in Oslo angeprangerten Künstlerkreise besprochen, sowie die schwedische "Konstrevy" gelobt wurde. "Konstrevy", " die einen stark modernisierten Zug aufweist, wirke auf uns heute wie ein frischer Wind".

In der schwedischen Presse erwähnt nur "Dagens Nyheter" die Ausstellung und bezeichnet sie als eine "Ausstellung des Schreckens". Der schwedische Jude Isaac Grünwald (ein Freund Finn Nielsens) der mit 3 Bildern angeprangert ist, betrachtet die damals gegen ihn erhobene Kritik als eine Ehrenbezeugung des Quisling Regimes".

Der Besuch der Ausstellung muss als recht gut bezeichnet werden, da die Zahl 20 000 überschritten wurde. Dass sich darunter viele Jössinger befinden, darf als ein Zeichen

für eine letztlich vorhandene gesunde Urteilskraft auch der breiteren Schichten betrachtet werden.

Bei den z.Zt. etwa 20 = meist unbedeutenden = der Neuordnung und der NS folgenden Künstlern (denen ca 350 Gegner gegenüberstehen) wird darüber geklagt, dass das Kulturdepartement bisher nur negative Massnahmen getroffen habe. Die allgemein ablehnende Haltung unter den Künstlern sei teilweise darauf zurückzuführen, dass das Kulturdepartement wenig Interesse für dieses Gebiet zeige = dass der Kulturrat so gut wie eingeschlafen sei oder zu mindestens über Reden nicht hinauskomme. Falls Vorarbeiten zu einer neuen Akademie, staatliche Aufträge und Wettbewerbe veranstaltet werden, ist damit zu rechnen, dass eine grössere Zahl Künstler ihre Mitarbeit zur Verfügung stellt.

P r e s s e .

Die schwierigen Presseverhältnisse im Fylke Rogaland (Stavanger) sind schon verschiedentlich an dieser Stelle behandelt worden. Nunmehr liegt hier ein zusammenfassender Bericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei und des SD Stavanger vor.

Dor in der Anlage II wiedergegebene Bericht gibt eine Übersicht über die Verhältnisse auf dem Gebiet der Presse im gesamten Rogaland. Er ist in seinen wesentlichen Teilen nicht nur für den angegebenen Bereich sondern auch für die übrigen Teile des Landes charakteristisch und deckt sich darin mit zahlreichen Einzelberichten. Seine Wiedergabe kann deshalb als ein Spiegelbild für die derzeitigen Presseverhältnisse Norwegens insgesamt, besonders aber für die bestehenden Schwierigkeiten auf diesem Gebiet, gelten, wobei sich nur Oslo infolge der größeren Vielfältigkeit seiner Presse-Erzeugnisse und infolge seiner Eigenschaft als Sitz der zentralen Presselenkung abhebt, während jedoch die in dem Bericht deutlich werdenden allgemeinen Entwicklungslinien auch für die Presse der Hauptstadt Gültigkeit haben.

- 38 -

c) Verwaltung und Recht.

Vielfach, insbesondere auch im Anschluss an die Ausführungen von Oberregierungsrat Dr. Schiedermaier in den "Deutschen Monatsheften in Norwegen", Jahrgang 1942, Nr. 4, wird von Norwegern, insbesondere in Juristenkreisen, die Frage erörtert, ob sich seit dem 1. Februar 1942 die staatsrechtliche Lage in Norwegen geändert habe. Die Antwort fällt meistens, zuweilen sogar in NS-Juristenkreisen, verneinend aus. Es wird gesagt, dass - da der Reichskommissar der Träger der gesamten Machtbefugnisse in Norwegen geblieben und seine Stellung also unverändert sei - Quisling nicht aus eigenem Recht regiere, sondern mit Duldung und als Beauftragter des Reichskommissars. Dieser halte es zzt. eben für politisch zweckmässiger, Quisling eine grössere Bewegungsfreiheit einzuräumen, die aber, rechtlich gesehen, jeden Augenblick eingeschränkt werden könne. Wenn, - vor allem von NS-Seite - die Lage so hingestellt werde, als ob staatsrechtlich gesehen etwas Neues geschaffen sei und die - aufgrund eigenen norwegischen Rechts gebildete - nationale Regierung eine gewisse Unabhängigkeit geniesse, so sei das juristische Konstrukt ohne Realität. Auch der Beschluss des Höchstgerichts, wonach die Vorgänge vom 1. Februar rechtlich bedenkenlos seien, sei deshalb belanglos.

Im 1. Quartal 1942 verurteilten die deutschen Kriegsgerichte in Norwegen 405 Norweger. 34 Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen verurteilt. In 12 Fällen lautete das Urteil auf Todesstrafe. In der Hauptsache wurden Bestrafungen wegen Eigentumsvergehen, insbesondere Diebstahls, vorgenommen. Das Ansteigen der Eigentumsvergehen hängt mit der Verschlechterung der Versorgungslage entscheidend zusammen. Im Laufe des Jahres 1942 wurden bisher 3 Norweger, die wegen Englandflucht vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt waren, begnadigt. Soweit diese Begnadigungen bekannt geworden sind, haben sie einen

günstigen

- 39 -

günstigen Eindruck hinterlassen, insbesondere auch in deutschfreundlichen Kreisen, die sich sehr anerkennend äussern. Die Urteile der Kriegsgerichte werden von den meisten Norwegern nach wie vor als unverhältnismässig hart gekennzeichnet. Trotzdem wird ihnen auch in Gegnerkreisen eine gewisse Anerkennung vielfach nicht versagt. So äusserte kürzlich ein keineswegs deutschfreundlicher Rechtsanwalt folgendes: Man könne über die Deutschen sagen, was man wolle, die absolute Zuverlässigkeit und Korrektheit der deutschen Kriegsgerichte sowie des SS- und Polizeigerichts müsse man anerkennen. Ohne Grund werde niemand verurteilt und jedem sei die Gelegenheit zur Verteidigung gegeben, bei der man frei von der Leber reden könne.

In gegnerischen Anwaltskreisen hat es vielfach überrascht, dass die Proteste gegen die Mitgliedschaft im Advokatenverband von der Regierung so wenig beachtet worden sind. Man hatte geglaubt, dass die Regierung aufgrund der Proteste zu schärferen Massnahmen gegen die protestierenden Anwälte vorgehen werde. Dieses Vorgehen sollte dann als Anlass genommen werden, um seitens der Anwälte zu Streikbewegungen überzugehen. U.a. wird aus Stavanger gemeldet, dass von vielen Anwälten die eingetretene Stille als unangenehme Wartezeit angesehen wird. In gegnerischen, aber ruhig denkenden Anwaltskreisen wird die augenblickliche Zurückhaltung der Regierung durchaus nicht als Schwäche oder Rückzug gewertet. Die Regierung sehe doch einmal einen Fehler ein und wolle andere Wege gehen als in der Lehrerfrage. Zahlreiche Anwälte - Meldungen aus Bergen und Stavanger - betonen, man müsse den Widerstand gegen die Neuordnung auf jeden Fall energisch aufrecht erhalten. In diesem Sinne ist auch ein illegales Rundschreiben ergangen, das folgenden Wortlaut hat:

Oslo, April 1942.

Die überwiegende Mehrzahl der Advokaten und Rechtsanwälte des Landes hat erklärt, dass sie nicht Mitglied von

'Norges

- 40 -

'Norges Advokatforbund' sein will.

Jetzt gilt es, keine Handlungen vorzunehmen, die im Widerspruch hierzu stehen und von der NS als Rückzug angesehen werden könnten. Wir werden jetzt einige aktuelle Fragen nennen:

Der Beitrag für Norges Advokatforbund oder für den Unterstützungsverein muss nicht freiwillig bezahlt werden. Evtl. muss man sich pfänden lassen und hinterher gegen die Pfändung Einspruch erheben, evtl. unter Hinweis darauf, dass das Gesetz betr. Norges Advokatforbund vom 19.2.42 - evtl. mit den dazugehörigen Vorschriften - völkerrechtswidrig ist (Haager Konvention 1907 IV Art.43).

Was hier über die Beitragszahlung angeführt ist, gilt auch für eine Sicherheitsstellung (Kautions), sofern eine solche von Norges Advokatforbund gefordert werden sollte.

Wir empfehlen jedem einzelnen Advokaten und Rechtsanwalt seine Sicherheitsstellung baldigst durch eine Versicherungsgesellschaft oder auf andere Weise zu ordnen. Ausser "Arendals Versicherungsgesellschaft" übernehmen auch andere Gesellschaften, z.B. "Sigyn", "Store Brand" und "Norge" Sicherheitsstellungen.

Verhaltensmassregeln werden soweit möglich ergehen, sobald sich neue Fragen ergeben. Es ist möglich, dass wir nicht immer zeitig genug herauskommen können, aber die Parole ist jedenfalls die, dass nichts unternommen werden muss, was mit unserem prinzipiellen Standpunkt in Widerspruch steht."

Vielfach rechnet man in Anwaltskreisen mit einem Eingreifen des Reichskommissars. Man glaubt, dass die Deutschen augenblicklich einen grösseren Konflikt vermeiden möchten, da eine weitere Befolgung der bisherigen Gleichschaltungspolitik das gesamte öffentliche Leben zum Erliegen bringen würde. - Bemerkenswert ist, dass der frühere Vorstand des Advokatenverbandes für den Kreis Telemark an den Leiter des Advokatenverbandes ein Schreiben gerichtet hat, in dem es heisst, der Vorstand verstehe, dass

die

- 41 -

die Rechtsanwälte in Telemark Mitglieder des Verbandes seien. Dieses Schreiben ist vor allem auf den Einfluss eines Rechtsanwaltes zurückzuführen, der verhaftet war und anlässlich des Schreibens freigelassen wurde. Während seiner Verhaftung hatte er sich bereit erklärt, mit den Anwälten in Telemark in Verbindung zu treten, um eine Loyalitätserklärung von Anwälten aus Telemark gegenüber dem Advokatenverband herbeizuführen.

Häufig wird von Norwegern, insbesondere von Juristen geltend gemacht, dass verschiedene Handlungen der Deutschen und der NS mit dem norwegischen Rechtsempfinden unvereinbar seien. Scharfe Kritik wird dagegen erhoben, dass wegen Nichtbesuches von NS-Versammlungen einem Rechtsanwalt aus Farsund Praxisverbot erteilt worden ist und mehrere Beamte aus dem Dienst entlassen oder mit Geldstrafe belegt wurden. Die Inhaftierung von Personen ohne tatsächliche Gesetzesverletzung und ohne alsbaldige Vorführung vor einen Richter, der über die Zulässigkeit der Festnahme entscheidet, führt immer wieder zu schärfstem Widerspruch in weiten Kreisen des norwegischen Volkes. Von deutschfreundlichen Kreisen wurde betont, dass auch die Geiselfestnahmen innerhalb des norwegischen Volkes sehr wenig Verständnis fänden, weil der zugrunde liegende Solidaritätsgedanke dem individualistischen Rechtsempfinden der Norweger fremd sei. Der Norweger wisse nicht, was eine Geiselfestnahme bedeuten oder bezwecken soll.

In diesem Zusammenhang wird die Erschiessung der 18 Englandfahrer in Bergen sehr verschieden beurteilt. In Juristenkreisen wird diese Massnahme meist als krasse Ungerechtigkeit und Willkürmassnahme vollkommen abgelehnt. Das Fehlen jeglicher Gerichtsverhandlung wird dabei vor allem in den Vordergrund gestellt. Deutschfreundliche- und NS-Kreise bezeichnen die Erschiessung der 18 Englandfahrer als gerechte Sühne für die gefallenen deutschen Beamten. Wie aus Bergen gemeldet wird, konnten in Gegnerkreisen Äusserungen wie etwa: "Mag Terboven 18 erschiessen, mag er 36 erschiessen, mag er überhaupt machen, was er will, der "Ola Nordmann" wird nur immer härter, je kräftiger man ihn prügelt", festgestellt werden.

d) Wirtschaft.Ernährungswirtschaft.Versorgungslage.

Die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, besonders mit Kartoffeln, Brot und Fett muss weiterhin als schlecht bezeichnet werden, wenn auch ganz vereinzelt von einer Besserung der Versorgungslage berichtet wird. So konnte z.B. in Stavanger der Fettbedarf in letzter Zeit bis zu ungefähr 80 % gedeckt werden, wobei jedoch nicht verkannt werden darf, dass in dem Augenblick wieder mit Schwierigkeiten zu rechnen ist, wenn zur Bedarfsdeckung nur Naturbutter zur Verfügung steht. Vom Fylkesversorgungsamt wurde darauf hingewiesen, dass in diesem Fall nur 20 % des Fettbedarfs gedeckt werden könnte. Von einer besonders geringen Fettzuteilung wird aus Fredrikstad berichtet, wo es vor den Geschäften zu grösseren Schlangenbildungen gekommen ist und einzelne Bevölkerungskreise ihre Unzufriedenheit durch Äusserungen wie z.B. - "Warum werden denn noch Rationierungskarten ausgegeben, wenn doch nichts dafür zu erhalten ist." - zum Ausdruck gebracht haben. Aus Trømsø wird gemeldet, dass die Bevölkerung wegen der völligen unzureichenden Kartoffel- und Fettversorgung ziemlich erregt ist. Sie befürchtet schon jetzt eine Hungersnot für den nächsten Winter und für den Fall, dass Nordnorwegen im Zuge irgendwelcher militärischer Ereignisse vom übrigen Land abgeriegelt wird, zumal es bisher nicht möglich war, ausreichende Reservelager anzulegen. So sollen z.B. die Mehlvorräte der Stadt Harstad zeitweilig nur für die Brotversorgung von 2 Tagen ausreichend sein. Bezeichnend für die Versorgungslage in Nordnorwegen ist ein Bericht des Leiters der National-

-43-

hilfe in Haamerfest, der abschriftlich in der Anlage beigelegt ist.

Stimmungs- und arbeitsmässig günstig hat sich in Kirkenes die unentgeltliche Verteilung von Butter, Marmelade und ca 8000 Mischen Fleisch an die Arbeiter und Angestellten des Eisenerzwerkes Hydvaranger durch den Wehrwirtschaftsoffizier ausgewirkt. Desgleichen hat in verschiedenen Gebieten die Wiederauteilung von Kartoffeln zu einer Stimmungsverbesserung beigetragen. Einem Bericht aus Bergen zufolge wurden in der 1. Woche des Mai an die Kartoffelkarteninhaber 1 kg Kartoffeln abgegeben, was für die meisten Familien die erste Zuteilung seit Weihnachten bedeutete. Eine gewisse Misstimmung konnte jedoch sowohl bei den Verbrauchern als auch bei den Händlern und Bauern beobachtet werden, weil das Versorgungsamt an dem Kartoffelverkauf 5,--- Kr. pro 100 kg verdient und der Verkaufspreis um 100 % höher liegt als der Erzeugerpreis. Das Versorgungsamt hat für den Kartoffelverkauf folgende Kalkulation aufgestellt:

Produzentenpreis .....	Kr. 15.---
Unkosten des Versorgungsamtes .....	Kr. 5.---
Verkaufspreis der Grossisten .....	Kr. 20.---
Grossistenspanne .....	Kr. 2.---
Verkaufspreis an Detailisten .....	Kr. 22.---
Einzelverkaufsspanne .....	Kr. 5.---
Steuer .....	Kr. 3.---
Endverkaufspreis .....	pro 100 kg. Kr. 30,--

Allgemein ist man in der Bevölkerung der Ansicht, dass der Verdienst, den das Versorgungsamt einsteckt, besser den Produzenten zugute kommen sollte. Der Bauer würde seine Kartoffeln lieber als Viehfutter verwenden oder im Schwarzhandel zu erheblichen höheren Preisen abgeben, als sie für 15 Öre das kg verkaufen. In Fana sollen

z.B. Kartoffeln zu einem Preis von 1 Krone das Stück umgesetzt worden sein. Es sei daher verständlich, dass dem Versorgungsamt die heftigsten Vorwürfe gemacht werden, die sogar soweit gehen, dass man ihm Sabotageabsichten unterstellt, wie beispielsweise aus folgender Zuschrift eines Norwegers hervorgeht: "In Bezug auf unseren tiefvermissten Freund, die Kartoffel, ist derartig geschwindelt worden, dass man den Behörden ordentlich energisch zurufen muss, sie sollten mit der Sabotage aufhören. Es muss doch Grenzen des Erlaubten geben. Die zuständigen Leute müssten zur Verantwortung gezogen werden, denn es ist kein Grund dafür vorhanden, die Schuld an dem katastrophalen Mangel allein der ungewöhnlichen Kälte zuzuschreiben. Bei verantwortungsbewusster Arbeit der zuständigen Leute hätten nicht tausende von Tonnen Kartoffeln zu erfrieren brauchen. Es ist aber eine derartige Gleichgültigkeit und ein Unverstand an den Tag gelegt worden, dass man nur schlecht an die Dummheit der Leute glauben kann. Das Versorgungsamt ist allein dafür verantwortlich, dass die gute Ernte des vorigen Jahres ein Fiasko wurde."

Teilweise wird in der Bevölkerung, besonders in ärmeren Schichten, sehr missbilligend über die verschwenderische Behandlung von Lebensmitteln in Wehrmachtsunterkünften gesprochen. Als Beweis hierfür wird in einem Bericht aus Stavanger angeführt, dass Speisereste und durch unsachgemäße Behandlung ungenießbar gewordene Lebensmittel (vorwiegend Kartoffeln) tonnenweise für Futterzwecke verbraucht werden. Auch soll es häufig vorgekommen sein, dass Soldaten die Augenblickliche Brotknappheit dazu benutzen, um Brot gegen andere Waren oder Gegenstände einzutauschen.

In der Landwirtschaft steht zurzeit die Frühjahrsbestel-  
lung im Vordergrund. Über die Schwierigkeiten, insbe-  
sondere in der Beschaffung von Saatgut und der Bereit-  
stellung von Arbeitskräften wird in allen Teilen des  
Landes geklagt. Es wird beklagt, dass die Anordnung  
des Landwirtschaftsdepartements über die Vermehrung der  
Anbauflächen, die von den Bauern allgemein mit Verständ-  
nis aufgenommen wurde, nicht den gewünschten Erfolg haben  
wird. Aus Tromsø wird von einem katastrophalen Mangel  
an Saatkartoffeln berichtet. Die Vorräte sollen günsti-  
genfalls nur für 2/3 der Kartoffelanbaufläche ausreichen.  
Die "Hordaland Sunn Bruksselskap" teilt mit, dass aus  
allen Teilen des Gebietes Klagen über die unzureichende  
Versorgung mit Saatkartoffeln einlaufen. Die Bauern geben  
an, dass weitaus mehr Saatkartoffeln erfroren sind, als  
man erwartet hatte. Von sachkundiger Seite wird hierzu  
erwähnt, dass dies zwar zutrifft, die Bauern aber ein-  
mal wegen des Futtermangels und zum anderen wegen der  
niedrigen Kartoffelpreise unverhältnismässig grosse  
Mengen Kartoffeln verfüttert hätten. In Hordaland-  
fylke wurde bereits angeordnet, dass die ursprünglich  
für den Kartoffelwachsbau bestimmten Ackerflächen mit  
Getreide, vorwiegend Hafer, bebaut werden sollen.

In der Bevölkerung, so wird aus Bergen berichtet, sind  
diese Schwierigkeiten nicht <sup>so</sup> bekannt geblieben. Es wird  
befürchtet, dass die Kartoffelknappheit im kommenden  
Winter noch grösser sein wird. Erhebliche Schwierigkeiten  
in der Bereitstellung von Saatkartoffeln werden auch aus  
Fredrikstad, Dronheim und anderen Gegenden gemeldet.

In Kreisen der Landwirtschaft wird aber auch eine ungenü-  
gende Bereitstellung anderer Saatgüter befrüchtet, wobei  
immer wieder der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, dass  
Deutschland zusätzlich Mengen zur Verfügung stellen möge.  
Neben dem Saatgutmangel soll auch der Mangel an landwirt-

schaftlichen Geräten die Ausweitung der Ackerbaufläche gefährden. Hierzu wird beispielsweise aus Bergen mitgeteilt, dass ein grosser Mangel an landwirtschaftlichen Geräten und Maschinenersatzteilen besteht.

### Fischwirtschaft

Die guten Fangergebnisse halten, wie berichtet wird, auch weiterhin an. So war in Nordnorwegen die Heringszufuhr zeitweise grösser als die Aufnahmekapazität der Heringsöl- und Fischmehlfabriken. Es war daher, wie Tromsø berichtet, nicht immer möglich, die Fänge restlos auszunutzen. Die Fischer mussten oftmals tagelang warten, bis ihre Boote gelöscht werden konnten. In einem Bericht aus Drontheim wird besonders darauf hingewiesen, dass die Fischer und die Lösch- und Packarbeiter trotz der englischen Gegenpropaganda ihre Arbeit unverdrossen ausgeführt haben. Die Lösch- und Packarbeiter haben oft tage- und nächtelang ununterbrochen die ankommenden Heringsmengen eingeholt. Der zeitweise entstandene Ölmangel konnte durch das Eingreifen deutscher Dienststellen, insbesondere der Kriegsmarine, überbrückt werden.

### Handel

Ähnlich wie in anderen Städten wurde in Bergen von der norwegischen Polizei gemeinsam mit dem Hird eine Aktion gegen Hamsterwaren durchgeführt, bei der teilweise erhebliche Hamsterlager beschlagnahmt werden konnten. Die Aktion hat bei der Arbeiterschaft starken Anklang gefunden. Umso grösser war die Verwunderung, als die beschlagnahmten Waren den Besitzern wieder zurückgegeben wurden. Die Aktion sei dadurch zu einer lächerlichen Angelegenheit geworden.

Häufig wird über die schlechte Qualität des Mehls und des Brotes geklagt. Gerüchtweise wird in der Bevölkerung verbreitet, dass ins Mehl Zusätze aus Zellulose, Gerste

und Tangmehl enthalte. Die Bäcker erklären hierzu, dass es auf Grund der verschiedenen Mehltypen schwierig sei, die Brotqualität gleichmässig zu erhalten.

Übereinstimmend wird aus fast allen Teilen Norwegens berichtet, dass die Verordnung des Preisdirektorats über die Preissuszeichnungspflicht für alle Verkaufswaren vom Publikum begrüsst worden ist. Die Geschäftsleute dagegen haben sich sehr müssfallend über diese Verordnung ausgesprochen. Viele von ihnen betrachten diese Verordnung als eine Schikane der Regierung, die nur zeitraubende Arbeit verursachen doch keinen praktischen Wert habe.

#### Bezugsscheinwesen.

Es erregt immer wieder Unzufriedenheit, dass die Versorgungsämter Bezugsscheine für Waren ausstellen, die zur Zeit im Handel nicht zu haben sind. Wie aus Bergen berichtet wird, trifft dies besonders für Aussteuerwaren zu. Nach Ansicht der Geschäftsleute wäre es zweckmässiger, wenn sich die Versorgungsämter über den vorhandenen Warenbestand orientieren und die Ausgabe der Bezugsscheine dementsprechend vornehmen würden.

#### Handelskammer in Drontheim.

Aus Drontheim wird gemeldet, dass die am 28.4. durchgeführten Neuwahlen der Handelskammer Drontheim in deutsch- und NS-freundlichen Kreisen grosses Aufsehen erregt haben, weil wiederum proenglisch eingestellte Wirtschaftsleute den Haupteinfluss erhalten haben. Von den 12 gewählten Vorstandsmitgliedern sind 7 germanisch und 4 neutral bzw. politisch indifferent eingestellt. Nur 1 Vorstandsmitglied gehört der NS an.

#### Verkehr.

##### Küstenschifffahrt.

Nach einem Bericht aus Tromsø ist die Schiffsverbindung

nordwärts Tromsø äusserst unregelmässig. Die fast ausschliesslich im Geleit fahrenden Dampfer benötigen für die Fahrt Tromsø = Kirkens und zurück eine sehr lange Fahrtdauer. Die Dampfer "Valör" und "Samev" z.B. haben für diese Strecke 2 Monate gebraucht. Der Dampfer "Mars", der am 15.3.1942 von Tromsø auslief, lag noch am 9.4. in Honningsvåg, weil kein Lotse zur Verfügung stand. Der Weitertransport der mit den Hurtigroutenschiffen bis Tromsø transportierten Waren nach der Finnmark ist dagegen mit den eingesetzten Kleinmotorfahrzeugen, die inzwischen auf 8 Fahrzeuge erhöht werden konnte, verhältnismässig gut. Es traten lediglich einige Verzögerungen wegen unzureichender Ölzuteilung ein.

#### Kraftverkehr.

Wegen schlechter Wegeverhältnisse (Tauwetter) musste auf der Strecke Narvik=Tromsø der private Kraft- und Omnibusverkehr seit Mitte April eingestellt werden. Nach Ausfall der Hurtigrouten ist für den Verkehr nach Finnmarken der Omnibus teilweise das wichtigste Verkehrsmittel geworden. Soweit es die Strassenverhältnisse erlaubten, wurde insbesondere die Strecke Tromsø=Alta regelmässig befahren. Reisende, die über Alta hinaus weiter nordwärts ~~z~~ fahren müssen, sind gezwungen, von Alta das Lokalboot nach Hammerfest zu benutzen. Alta ist somit zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt geworden, besonders in letzter Zeit, wo laufend Arbeiter von und nach den Flugplätzen befördert werden müssen. Da der Aufenthalt der Durchreisenden oftmals tagelang dauert, sind Schwierigkeiten für die Beschaffung von Unterkunftsmöglichkeiten entstanden, da nur private Unterkunftsmöglichkeiten bestehen und ein Hotel sich erst im Bau befindet.

Aus Ostfinnmarken wird berichtet, dass durch die schlechten Transportverhältnisse die Konservendosen (Schwarzblech)

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014 die Verbraucher verteilt werden vielfach erst dann auf die Verbraucher verteilt werden können, wenn der auf dem Karton verzeichnete Lagerungstermin bereits überschritten und der Inhalt teilweise ungeniessbar geworden ist.

### Finanzwesen.

#### Banken

Die Bank- und Sparkasseninspektion hat dem Finanzminister einen Gesetzesvorschlag vorgelegt, nach dem der Finanzminister auf Antrag der Bank- und Sparkasseninspektion ein oder mehrere Mitglieder der Direktion und des Aufsichtsrates einer Kreditinstitution ernennen und entlassen kann. In NS-Bankkreisen will man wissen, dass der Finanzminister beabsichtigt, dieses Gesetz zu erlassen, sobald sich die innerpolitischen Verhältnisse etwas beruhigt haben. Der Finanzminister habe bisher nicht die Möglichkeit gehabt, von sich aus einen Bankdirektor ein bzw. abzusetzen. Es sei dies ganz der Willkür der einzelnen Bankdirektionen überlassen gewesen. So könnte es z.B. möglich sein, dass eine "Jössingdirektion" einen NS-Bankdirektor unter Angabe von fachlichen Gründen absetzte, jedoch in erster Linie politische Gründe dahin massgebend seien.

#### Steuerabgaben.

Verschiedentlich wird berichtet, dass in letzter Zeit mehrere Betriebe aufgefordert wurden, für ihre Angestellten und Arbeiter die Steuern für 1942 und 1943 im Voraus abzuziehen. Diese Massnahme sei von den Arbeitern und Angestellten sehr ungünstig aufgenommen worden, wobei hervorgehoben wird, dass früher die Steuern jeweils für das zurückliegende Jahr einbehalten wurden.

### Arbeit und Sozialwesen

#### Arbeitseinsatzlage

An anderer Stelle ist bereits darauf hingewiesen worden,

Stiftelsen norsk Okkupasjonshistorie, 2014  
 dass die Bereitstellung von Arbeitskräften für die  
 Landwirtschaft grosse Schwierigkeiten verursacht. So  
 wird aus Drontheim berichtet, dass fast sämtliche Bauern  
 dem Frühjahr mit Sorge entgegensehen, weil grösster  
 Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitskräften herrsche.  
 Es müssten besondere Massnahmen zur Rückführung der  
 landwirtschaftlichen Arbeitskräfte in die bäuerlichen  
 Betriebe getroffen werden. Die im Monat April begonnene  
 Werbung von freiwilligen Helfern für die Landwirt=  
 schaft hat in Drontheim bisher wenig Erfolg gehabt.  
 Bis zum 10. Mai haben sich nur ca. 100 Personen gemel=  
 det. In einem Bericht aus Bergen wird der Mangel an  
 Arbeitskräften auch darauf zurückgeführt, dass viele  
 Bauern aus finanziellen Gründen nur für die Sommerzeit  
 Arbeitskräfte einstellen und diese im Spätherbst wie=  
 der entlassen. Die Landarbeiter seien heute grössten=  
 teils bei den Wehrmachtsbaustellen beschäftigt, wo sie  
 erheblich mehr Geld verdienen als in der Landwirtschaft.

In der Presse wurde bekannt gegeben, dass in der Land=  
 wirtschaft für ständige Arbeiter 14 000, für die  
 Frühjahrsaussaat 20 000 und 38 000 Arbeitskräfte für  
 Erntearbeit fehlen. Diese Zahlenangaben sind nach  
 Angaben der Bauern selbst zusammengestellt worden.  
 Mit Wirkung vom 27.4.1942 ist vom Sozialminister  
 ein Gesetz erlassen worden, nach welchem dem Direk=  
 torat für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversi=  
 cherung die Vollmacht erteilt werden kann, jedem Arbeit=  
 geber aufzugeben, 1/3 der Arbeitnehmer des Betriebes  
 (Arbeitgeber und Angestellte) für Landwirtschaftsar=  
 beiten freizugeben. Das Sozialdepartement hofft auf  
 Grund dieser Verordnung den Arbeitskräftebedarf für  
 die Landwirtschaft einigermassen decken zu können.  
 Es ist ausserdem beabsichtigt, den Betrieb, einzelner  
 nicht unbedingt lebenswichtiger Unternehmen einzuschrän=  
 ken bzw. vorübergehend vollkommen stillzulegen und die  
 dadurch freiwerdenden Arbeitskräfte ebenfalls der Land=

wirtschaft zur Verfügung zu stellen. Dabei ist in erster Linie an die Betriebe der Textil- und Bekleidungsindustrie gedacht.

#### Lohnverhältnisse.

Nach einer Mitteilung des Sozialdepartements hat sich der LOHNstop für alle besetzten Gebiete in Norwegen nicht sehr günstig ausgewirkt. An und für sich halte auch das Sozialdepartement Lohnerhöhungen zurzeit für unzweckmässig, doch sei es erforderlich, überspannte Löhne zu reduzieren und besonders niedrige Löhne zu erhöhen, also einen gesunden Lohnausgleich vorzunehmen. Dies treffe insbesondere bei den Holzfällern zu, die wegen der geringen Löhne in andere Berufe abwandern. Besonders werden auch die schlechtesten Löhne in der Klippfischindustrie hervorgehoben.

#### Zahlung von Trennungsschädigung.

Aus Kristiansand wird gemeldet, dass die Oberbauleitung des dortigen Gebietskommissars mit grossen Schwierigkeiten bei ihren Bauvorhaben zu kämpfen hat, da die Frage der Wartezahlung der Trennungsschädigung an Bauarbeiter bisher nicht geregelt werden konnte. Der Chefintendant der Wehrmacht habe es abgelehnt, die Trennungsschädigung für die Bauarbeiter seiner Baudienststellen fortfallen zu lassen, während vom Reichskommissariat die Einstellung der Zahlung von Trennungsschädigungen angeordnet wurden sei. Dies habe sich besonders bei dem Bau der schweren Batteriestellung "Vaxa" sehr ungünstig ausgewirkt. 160 Arbeiter haben dort bereits ihren Arbeitsplatz verlassen. Die deutsche Firma K l a m m t, die mit der Bauausführung beauftragt ist, bemüht sich schnellstens eine Entscheidung über die Zahlung der Trennungsschädigung herbeizuführen, um den Termin der Fertig-

stellung dieses wichtigen Bauvorhabens nicht unnötig zu gefährden. Der Bauleiter dieser Firma hat erklärt, dass er jede Verantwortung für den geregelten Fortgang der Arbeiten ablehnen müsse.

Arbeitgeber= und Arbeitnehmerverbände.

Auf Veranlassung von Minister Lippstad fand am Mittwoch, den 13. Mai 1942 eine Zusammenkunft von Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände statt. An der Versammlung nahmen sämtliche Mitglieder des Gewerkschaftssekretariats, die Vorsitzenden der Gewerkschaftsverbände, der Distriktorganisationen von ganz Norwegen und die Vorsitzenden der Ortsverbände Südnorwegens teil. Ausserdem waren Vertreter des Arbeitgeber= und Handwerksverbandes, sowie solcher Verbände vertreten, die noch nicht den Gewerkschaften oder dem norwegischen Arbeitgeberverband angeschlossen sind. Neben Minister Lippstad waren die Minister H a g e l i n , P r y t z , I r g e n s und H u s t a d anwesend. Die Veranstaltung hatte einen rein fachlichen und sozialpolitischen Charakter.

Minister Lippstad kam in seinen Ausführungen insbesondere auf die von ihm betriebene Sozialpolitik zu sprechen, wobei er unter Hinweis auf die Verhältnisse, besonders hervorhob, dass die durch den Krieg hervorgerufenen ökonomischen Schwierigkeiten eine positive Sozialpolitik kaum möglich machen. Er kündigte den Ausbau der Arbeitsvermittlung, eine bessere Rationalisierung des Arbeitseinsatzes und die Umschulung von Arbeitskräften für neue Arbeitsgebiete an. Auf die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitgeber= und Arbeitnehmerverbänden eingehend, teilte er mit, dass ihm sowohl die Gewerkschaften als auch der Arbeitgeberverband eine Erklärung übersandt hätten, in der sie sich zu einer Zusammenarbeit verpflichten.

= 53 =

Der kommissarische Leiter der Gewerkschaften, Odd F o .s =  
s u m , gab am Schluss der Versammlung einen kurzen Über=  
blick über die Entwicklung des Verhältnisses der Arbeit=  
geber= und Arbeitnehmerverbände im Verlaufe der zurück=  
liegenden Jahre, die nun zu der gewünschten Zusammen=  
arbeit geführt habe..

In Vertretung:

  
SS-Sturmbannführer.

Übersetzung des illegalen Flugblattes gegen das Jugenddienstgesetz.

Norwegische Eltern.

Das Gesetz des nationalistischen Jugenddienstes ist seit dem 1. März 1942 in Kraft getreten. Sör-Fron und Tolga sind als Versuchskernickel gewählt. Die NS versucht, die norwegischen Kinder im Alter von 10 - 14 Jahren zu nazifizieren. Anschließend wurden diese Maßnahmen auch in anderen Bezirken angewandt, und andere Altersklassen gewählt.

NS-Jugendarbeitsdienst bedeutet, daß der Jugend zwangsmäßig ein nazistischer Glaube und Gedankengang aufgedrängt wird. Axel STANG und andere Führer haben gesagt, daß der Jugendarbeitsdienst revolutionieren und dem Jungen den Sinn für eine neue Lebensauffassung geben soll. Unter dem Deckmantel von Sport, Spiel und anderen Lockmitteln soll den Kindern eine andere Richtung gegeben werden als Streiter gegen den Christenglauben und die Moral und zum Ärgernis für all das, was wir in der nationalen norwegischen Lebensauffassung als gross und heilig erkannt haben. Männer der Kirche und unsere tapferen Lehrer haben uns gezeigt, dass der Staat hier ausserhalb seiner Machtbefugnisse steht, daß er in das Recht der Eltern eindringt und den Kindern eine persönliche Gewissensverantwortung aufzwingen will.

Alle Väter und Mütter, die norwegisch denken und fühlen, sollen und müssen jetzt ihre Pflicht erkennen und einen klaren Standpunkt einnehmen. Wenn die Einberufung kommt, muß DU die Überlassung DEINES Kindes dem Jugendbeauftragten verweigern. Keiner darf sich verwirren lassen durch Locktöne oder Versprechungen. Keiner darf sich verwirren oder überrumpeln lassen aus Furcht vor der Strafe.

./.

Als verantwortungsbewusste Eltern ist es Pflicht zu wissen,  
dass ihr mit tausenden von norwegischen Eltern heute zu-  
sammensteht in einem unerschütterlichen Beschluss:

W I R S A G E N N E I N .

Vereinigt die Eltern Norwegens zu einer Macht, die niemand  
beugen kann.

Die Tagespresse des Fylkes Rogaland.

Die wirtschaftliche Situation.

Im Gebiete Rogaland mit etwa 200.000 Einwohnern gab es vor dem 9. April 1940 12 Tages- bzw. Wochenzeitungen, die mit recht verschiedenen Auflagenzahlen herauskamen. Es waren dieses folgende Zeitungen:

1.) "Haugesunds Avis" (früher Venstreblatt)	7000	tgl.
2.) "Haugesunds Dagblad" (fr. Høireblatt)	6200	"
3.) "Haugeland Arbeiderblad" (fr. Arbeiterbl.)	3000	"
4.) "Karmbyposten" (stark kirchl. Lokalzeit.)	800-1000	wochentl.
5.) "Ryfylke" (fr. Lokalzeitung)	2000	"
6.) "Sandnes og Jærens Avis" (fr. radikales NS-Blatt - Buchmann)	3000	"
7.) "Dalane Tidend" (fr. Lokalzeitung)	1000	"
8.) "Egersundposten" (fr. stark kirchl. Lokalzeitung)	1000	"
9.) "Stavanger Aftenblad" (fr. Venstrebl.)	17000	tgl.
10.) "Stavangeren" (fr. Høireblatt)	8000	"
11.) "Rogaland" (fr. Bauerblatt)	3500	"
12.) "1.Mai" (fr. Arbeiterblatt)	6000	"

Die Bevorzugung der Zeitungen der "Venstre-Partei" erklärt sich daraus, dass die "Venstre-Partei" in Norwegen eher gegründet wurde als die "Høire-Partei", dass deren Zeitungen damit eine ältere Tradition haben und aus diesem Grunde eine grössere Verbreitung bei der Bevölkerung gefunden hatten.

Dementspricht auch die wirtschaftlich gefestigte Stellung der "Venstre"-Zeitungen, während die übrigen Zeitungen grösseren Teils nur mit Zuschüssen ihrer Unternehmer bestehen könnten. Diese Unternehmer waren Interessengemeinschaften politischen bzw. wirtschaftlichen Charakters. So ist z.B. das "Haugesunds Dagblad" ein Organ der Høirepartei, von den Schiffsrhedern Haugesunds herausgegeben worden. Desgl. wurde "Stavangeren" durch massgebliche Persönlichkeiten der Høire-

partei gegründet und unterstützt. Als letzte Zeitung in dieser Reihe sei "Ryfylke" genannt. Diese Zeitung erschien wöchentlich und war ein ausgesprochenes "Altweiber-Blatt". Es hat sich für die Durchsetzung des Landsmaal eingesetzt.

Die zu 4., 6., und 8. genannten Zeitungen erschienen wöchentlich mit einer Auflage von 800 bis 3 000 Stück. Sie hatten verschiedene politische Richtungen, waren jedoch bedeutungslos und sind nach dem 9.4.1940 eingegangen. "Haugaland Arbeiderblad" erschien nach der Besetzung Norwegens unter einem NS-Redakteur und wurde in der Druckerei des "Haugesunds Dagblad" gedruckt. Es war eine junge Zeitung, die erst im Jahre 1938 gestartet worden war und ausschliesslich die Interessen der Arbeiter vertreten hatte. Unter den nach der Besetzung Norwegens verschwundenen Zeitungen muss noch "1.Mai" genannt werden. Auch dieses Blatt war ein ausgesprochenes Arbeiterblatt. Es erschien mit einer Auflage von etwa 6000 Exemplaren. Seine Gründung ging auf das Jahr 1905 zurück.

Heute bestehen demnach noch folgende Zeitungen:

- 1.) "Haugesunds Avis"
- 2.) "Haugesunds Dagblad"
- 3.) "Ryfylke"
- 4.) "Stavanger Aftenblad"
- 5.) "Stavangeren"
- 6.) "Rogaland".

Selbsttragend sind nur die zu 1., 4. und 6. genannten Zeitungen "Haugesunds Avis" und "Stavanger Aftenblad" deshalb, weil sie ehemals ausgesprochene "Venstre-Zeitungen" waren. "Rogaland" konnte als ausgesprochene Fachzeitung des Bauernstandes wirtschaftliche Krisen ohne Schwierigkeiten ausgleichen, obwohl sein Aktienkapital nicht besonders hoch ist. Diese Zeitung ist niemals allein von der politischen Einstellung seiner Leser abhängig gewesen, da sie stets den "goldenen Mittelweg" eingehalten hat.

"Ryfylke", das im letzten Jahre die politische Berichterstattung ganz eingestellt hat und von gegnerischen Kreisen

gestützt wird, arbeitet s.Zt. auch mit einem gewissen Überschuss, er ist aber wohl weniger durch eine Abonnentenzunahme bedingt, als durch die Tatsache, dass der Verlag neben der Herausgabe der Zeitung auch eine Buchdruckerei betreibt.

Die beiden restlichen Zeitungen, "Haugesunds Dagblad" und "Stavangeren" als ehemals ausgesprochene "Nöire"-Zeitungen haben nie über grössere Kapitalien verfügt. Die Krisenzeit hat diesen Zustand auch nicht gebessert sondern eher noch verschlechtert.

#### Fehlen einer positiven Berichterstattung.

Die laufende Durchsicht der hiesigen Tageszeitungen hat gezeigt, dass in letzter Zeit vermieden wird, Artikel zu bringen, die zu politischen Dingen positiv Stellung nehmen. Jede Zeitung befürchtet durch eine zu offensichtlich positiv gelegte Berichterstattung eine Abonnentenabwanderung, die bei den finanziell nicht besonders gefestigten Zeitungen auch einen fühlbaren wirtschaftlichen Verlust nach sich ziehen würde. So legen die Zeitungen ganz besonderen Wert darauf, stets so zu erscheinen, wie es den Lesern angenehm ist.

"Stavanger Aftenblad" betont seinen lokalen Charakter, kann aber auch seinen stark religiösen Einschlag nicht verleugnen. Sein derzeitiger Redakteur, Kringlebotn, hat aus den wirtschaftlichen Fehlschlägen, die er auf Grund seiner positiven, betont NS-mässigen Berichterstattung, erlitt, die Konsequenzen gezogen und redigiert sein Blatt zur Zeit äusserst vorsichtig. Selbst seine fanatische Einstellung zur Nasjonal Samling kann ihn nicht bewegen, das Gedankengut der NS rückhaltslos in seiner Zeitung zu behandeln. Beim Lesen des "Stavanger-Aftenblad" erhält man vielmehr den Eindruck, dass es sich um ein konservatives Blatt han-

delt. Durch eine unglückliche Wahl der Überschriften bei NTB-Berichten wird manchmal sogar der Eindruck erweckt, als sei das Blatt für ausgesprochene "Jössinger"-Kreise bestimmt. Auch die Anordnung der aktuellen innerpolitischen Berichte ist so gewählt, dass man erst bei genauerer Durchsicht der Zeitung auf sie aufmerksam wird. So bringt die erste Seite vielfach unwichtige Kurzberichte aus Stadt und Land, wie z.B. ein Gesuch zwecks Erteilung einer Genehmigung zur erwerbsmässigen Personenbeförderung. Diesem Beispiel könnte noch eine Reihe anderer hinzugefügt werden.

Aktuelle Berichte, die eine starke propagandistische Wirkung haben können, wie z.B. die Lieferung von Brot, Getreide und Mehl aus Deutschland oder in einem anderen die Festnahme der norwegischen Seelente in Amerika waren an wenig sichtbarer Stelle untergebracht. Ein Bericht über die Bewilligung von Kr. 10.000.-- des Fylke Rogaland für die norwegische Legion war propagandistisch überhaupt nicht ausgewertet worden. Die Überschrift war sogar so gewählt worden, dass man erst bei genauerem Hinschauen auf den Inhalt des Berichtes aufmerksam wurde. So stand in diesem Falle als Überschrift: "Schwimmunterricht auf dem Lande". Darunter stand dann: "10.000.-- Kronen für die norwegische Legion".

Die Wahl der Überschriften ist überhaupt vielfach unglücklich, und man kann feststellen, dass den Verantwortlichen das rechte Verständnis für eine positive Wirkung der Überschriften fehlt.

Auch die in dieser Zeitung erscheinenden Leitartikel behandeln in den seltensten Fällen aktuelle Tagesgeschehnisse. Man versucht vielmehr, möglichst unpolitische Leitartikel zu schreiben, um den Wünschen der Leser, die von Politik nichts wissen wollen, gerecht zu werden. Dabei werden auch die Ereignisse ausser Acht gelassen, die propagandistisch hätten ausgewertet werden können. Verschiedentlich ist es

allerdings kein technisch unmöglich, zu gleicher Zeit die entsprechenden Kommentare zu den wichtigsten Tagesereignissen zu bringen, da die Telegramme häufig erst kurz vor Drucklegung der Zeitung eintreffen. Diesen Zustand machen sich die Redakteure jedoch zu Nutzen, indem sie zu den aktuellen Geschehnissen überhaupt nicht Stellung nehmen. Die Berichte über Lieferung von Brotgetreide aus Deutschland und über die Festnahme und Behandlung der norwegischen Seeleute sind in keiner Weise kommentiert. Auch die übrigen Tageszeitungen Stavangers, "Stavangeren" und "Rogaland" erlauben sich nicht und zu derartige Meinungen in ihrer Berichterstattung. Doch waren diese Zeitungen von jeher auf eine möglichst unpolitische Berichterstattung bedacht.

So bringt z.B. "Stavangeren" vom 31.3.42 einen NTB-Bericht mit folgender Überschrift: "Wieder: Jetzt ist die Zeit für harte und andauernde Anstrengungen gekommen". Bemerkenswert hierzu allerdings werden, dass der NS-Redakteur Pausset zu dieser Zeit in Oslo weilte. Das Redaktionspersonal, in diesem Falle Finn Brodahl, der die Vertretung Paussets übernommen hatte, hat die Abwesenheit des Schriftleiters benutzt, um derartige tendenziöse Überschriften zu bringen. Dieser Fall steht jedoch vereinzelt da, da Pausset in dieser Beziehung auf eine loyale Berichterstattung Wert legt. Auch er, der begeisterter Anhänger der NS ist, wagt es allerdings aus Furcht vor wirtschaftlichem Boykott nicht, das Gedankengut der NS freimütig zu behandeln. Pausset kam mit dem Auftrag des Pressedepartements nach Stavanger "Stavangeren" weiterzuführen. Er steht nicht nur in hartem Kampf gegen sein Redaktionspersonal, sondern auch gegen die Besitzer der Zeitung, die nichts unversucht lassen, um das Erscheinen der Zeitung einzustellen. Dass ihnen hierbei jedes Mittel recht ist, erscheint ohne weiteres erklärlich. Die äußerst vorsichtige Berichterstattung des Pausset dürfte deshalb in diesem Falle gerecht-

fertigt erscheinen, da eine klare Berichterstattung im Sinne der NS den wirtschaftlichen Boykott und damit den wirtschaftlichen Zusammenbruch der Zeitung zur Folge haben würde.

"Rogaland", dessen Redakteur Vangnes mit der NS sympathisiert, ist eine ausgesprochene Bauernzeitung, die die Belange der hiesigen Bauern vertritt. Die Haltung der Zeitung war ehemals positiver als heute. Die Gründe hierfür sind gleicher Natur, wie bei den oben erwähnten Zeitungen. Das Blatt ist in erster Linie darauf bedacht, seine Abonnenten zu halten. Hauptgrund für die wenig positive Berichterstattung sowie Behandlung aktueller Tagesgeschehnisse dürfte die ungesunde Konkurrenz der hiesigen Tageszeitungen sein.

Propaganda des Kristelig Pressekontor, Oslo, in den hiesigen Tageszeitungen.

Bei der Überprüfung der religiösen Beilagen in den hiesigen Tageszeitungen wurden verschiedentlich Berichte tendenziösen Inhalts festgestellt. Als Urheber dieser Berichte konnte das Kristelig Pressekontor, Oslo, festgestellt werden. Ausser dieser Stelle beteiligt sich noch das Prestens Oslo-Kontor, das von einem gewissen Redakteur Wilson geleitet wird, an dem Versand religiösen Lesestoffes.

So erschien am 1. April 1942 in der hiesigen Tageszeitung "Stavangeren ein Bericht mit folgender Überschrift:

Es ist nicht genug, Versammlungen zu halten.

Die Türen zu den Heimen und die Tore zu den Arbeitsstellen stehen denen offen, die für den Herrn zeugen wollen.

Der Bericht war der Zeitschrift "Liv og Lys", dem Organ der Kopenhagener Inneren Mission, entnommen worden und hat nach der zitierten Überschrift in Übersetzung folgenden Wortlaut:

"Deshalb ist es verhängnisvoll, nur Versammlungen zu halten, denn die Welt erwartet in diesen Zeiten, das Gottes Volk die Festung des Unglaubens durch dreimältige Zeugnisse in den Hei-

men und auf den Arbeitsstellen stürmen soll.

Es sind offene Türen in die Heime und in die einzelnen Menschenherzen. Gott sei Dank dafür: Daher macht es nichts aus, dass die Versammlungslokale mehr oder weniger leer stehen - es gibt nämlich ein weit reicheres und fruchtbareres Arbeitsfeld - und dieses wird einmal herliche Früchte tragen, wenn wir zu passender Zeit kaufen, und - das Fell wagen."

#### Ungesunde Konkurrenz der hiesigen Tageszeitungen.

Der erbitterte Kampf des NS-Redakteurs, K r i n g l e b o t n , den dieser gegen "Stavangeren" führte, und bei dem er versuchte, die NS und die deutschen Stellen für seine Zwecke einzuspannen, wurde stets mit weltanschaulichen Argumenten begründet. Demnach hätte er also nach der Beseitigung des Redakteurs L o r e n t z e n und der Einsetzung des NS-Mannes P a u s e t t sein Ziel erreicht gehabt, da ja damit eine politisch einwandfreie Haltung gewährleistet ist.

Die Entwicklung des Verhältnisses Kringlebotn zu Pausset zeigt aber, dass die weltanschaulichen Motive für Kringlebotn nur ein Deckmantel für geschäftliche oder egoistische Interessen waren. Kringlebotn kämpft gegen Pausset mit demselben fanatischen Eifer wie gegen Lorentzen,

Kringlebotn, der vor etwa einem Jahre seine jetzige Stellung antrat, versuchte damals, seiner Zeitung einen NS-Anstrich zu geben. Die Folge war Boykott, der noch durch sein ungeschicktes, anmassendes Verhalten verstärkt wurde, sowohl von Seiten der Abonnenten als auch Annonceure. Der hiermit verbundene geldliche Verlust brachte die Zeitung in eine schwierige ökonomische Stellung. Um die Zeitung nicht eingehen zu lassen, musste Kringlebotn umschwanken, und er hat es in der späteren Zeit verstanden, unter unverhältnismässig starker Hervorhebung des lokalen Teiles, seiner Zeitung einen betont unpolitischen Charakter zu geben. Auch

die Tatsache, dass "Stavanger Aftenblad" mit seiner religiösen Beilage starken Anklang bei der hiesigen Bevölkerung findet, führte wieder zu einer Erhöhung der Abonnentenzahl.

Während dieser Zeit blieb "Stavangeren" das bevorzugte Blatt der "Jössingerkråse". Nach der Absetzung des damaligen Redakteurs Lorentzen und der Einsetzung des NS-Redakteurs Pausset als verantwortlichen Leiter des Blattes, erhoffte Kringlebotn eine Abonnentenabwanderung von "Stavangeren", da er annahm, dass die Zeitung nun unter neuer Leitung als NS-Blatt herausgestellt werden sollte. Dass es dabei "Stavangeren" genau so ergehen würde wie seiner Zeitung, war ihm natürlich klar. Es war dieses auch sein offener Wunsch und er hat Pausset gegenüber mehrmals zum Ausdruck gebracht, dass er eine Herausgabe des "Stavangeren" als NS-Zeitung erarte. Als Kringlebotn in seinen Erwartungen enttäuscht wurde, ging er in seinem Konkurrenzkampf sogar so weit, dass er Pausset, mit dem er befreundet war, persönlich angriff.

Pausset, der seine Arbeit in aller Stille als Zeitungsfachmann aufnehmen wollte, wurde von Kringlebotn in einem Artikel als NS-Mann begrüßt und sollte so von vorn herein festgelegt werden. Auf der anderen Seite unterschlug Kr. bei einer Veröffentlichung des Lebenslaufes Paussets wichtige Stationen, die seine Tätigkeit als Zeitungsfachmann bewiesen.

Der Wunsch Kr. ist auch heute noch der wirtschaftliche Zusammenbruch des "Stavangeren", weil er hofft, dass die Abonnenten und Annonceure dann zu seiner Zeitung kommen werden. Diesen Wunsch hat er auch gegenüber der Geschäftsleitung des "Rogaland" zum Ausdruck gebracht.

Zusammenlegung von Zeitungen im Rogaland aus wirtschaftlichen Gründen.

Infolge der schwierigen wirtschaftlichen Lage, in der sich

"Stavangeren" z.Zt. befindet, wurde von Seiten des hiesigen Pressleiters der Vorschlag gemacht, die Geschäftsleitungen von "Rogaland" und "Stavangeren" zusammenzulegen. Man wollte damit versuchen, den Betrieb rationeller zu führen und somit den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch von "Stavangeren" verhindern.

Die Pressestelle des Reichskommissars vertrat denselben Standpunkt und war der Meinung, dass die Einstellung des Betriebes einen ungünstigen Einfluss auf das Zeitungsleben der Stadt haben würde.

Der Redakteur des "Stavangeren", P a u s s e t , ist nun während der Osterfeiertage in Oslo gewesen und hat dort mit dem Pressedirektor B e g g e r u d über die zukünftige Stellung des "Stavangeren" konferiert. Dabei ist man zu dem Ergebnis gekommen, dass ein Fortbestehen der Zeitung nicht gewährleistet werden kann, da das Departement nicht über die Mittel verfügt, um die notwendigen Zuschüsse zu zahlen. Man will daher "Stavangeren" eingehen lassen und die Abonnenten zum "Stavanger Aftenblad" überführen. Der derzeitige Redakteur der "Stavangeren", Pausset, soll dann die Schriftleitung des "Stavanger Aftenblad" übernehmen. Auf diese Weise will man dann K r i n g l e b o t n vom "Stavanger-Aftenblad" lösen.

Von Seiten Pausset's wurde beabsichtigt, die Setzerei des "Stavangeren" bestehen zu lassen und nur die Räume der Redaktion für andere Zwecke freizumachen. In diesem Nebenbetrieb würde er dann die anfallenden Druckereiarbeiten ausführen lassen und in der Setzerei des "Stavangeren-Aftenblades" lediglich die Zeitung zum Druck bringen.

Auf diese Weise will er die Arbeiter des Betriebes vor unverschuldeter Arbeitslosigkeit bewahren. Die Übernahme der Journalisten hat sich von selbst erledigt, da alle

Mitglieder der Redaktion "Stavangeren" ihre Kündigung eingereicht haben.

Diese Lösung wird auch von hiesiger Dienststelle als günstig angesehen. Man kann nach Durchführung dieser Anordnung erwarten, dass eine Beruhigung in hiesigem Zeitungsleben eintritt, die zurzeit aufgrund einer ungesunden Konkurrenz nicht vorhanden ist. Gleichzeitig kann man erwarten, dass die dann noch vorhandenen Zeitungen positiver für die Neuordnung eintreten, als sie es heute tun. Auch die gebietsmässige Verteilung der Zeitungen wäre dann geklärt. "Stavanger Aftenblad" würde als Stadtzeitung erscheinen, während "Rogaland" sich ausschliesslich an die Bauern wenden könnte.

Zurzeit wird auch die Zusammenlegung der "Haugesund Avis" und des "Haugesunds-Dagblad" vorbereitet, die demnächst stattfinden soll. ~~Die Verhandlungen werden durch die NS geführt.~~

B e r i c h t

des Leiters der Nationalhilfe an die Zentrale Oslo  
über die Versorgungslage in Finnmarken.

Lage in Finnmark schwierig. Speziell Ostfinnmark.  
Schwierigkeit z.Zt. grösstenteils in Transportverhältnissen begründet. Beispiel: 10 Tonnen Apfelmarmelade am 4. November 1941 von Oslo abgesandt, kamen 5. Februar 1942 nach Hammerfest. 128 Kisten Konserven ab Oslo 5.11., an Hammerfest 26.1.42. Tran am 8.12.41 von Aalesund mit D/D "Canis" langte in Hammerfest 23.1.42 an, kam 19.2.42 nach Mehann (Nähe Honningsvaag). Deshalb muss Transportverhältnissen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden.

An Lebensmitteln gibt es wenig Milch, Kartoffeln, Fleisch und Speck. Bezirkskomitee (Nationalhilfe) musste Versorgungsamt in Hammerfest vom 22. Oktober 1941 bis jetzt 4500 kg Trockenmilch zur Verfügung stellen, ausserdem grössere Mengen an Krankenhaus abgeben. Auch ausserhalb von Hammerfest Versorgungsämtern Trockenmilch zur Verteilung an Bevölkerung zur Verfügung gestellt. Jetzt hat hiesige Nationalhilfe nur noch einen kleinen Vorrat, der kaum für die Schulspeisung reicht.

Kartoffeln sind verteilt worden über ganz Finnmark. hier herrscht schreiender Mangel an Kartoffeln. Speck und Fleisch sind eine Seltenheit für die Bevölkerung der Stadt. Wenn etwas Speck und gesalztes Fleisch beschafft werden könnte, wäre dies gut.

Grosser Bedarf an Bekleidung. Vor allem Arbeitszeug, Arbeitsschuhe, Unterwäsche, Strümpfe, Flanell und Leinen für Babies, Nähgarn und Nähwolle.

Weiterhin Mangel an Medikamenten für kleine Kinder, wie Malzextrakt, Malztran, Sanasol, ebenso die gebräuch-

sten Küchenwaren sowie Holz z.B. für Särge.

Das Bezirkskomitee (Nationalhilfe) hat von September bis heute grosse Hilfe bei Schiffversenkungen in Form von Verteilung von Kleidern und Geld an die Schiffbrüchigen geleistet.

An Anzügen und Mänteln ist noch ein Vorrat da, aber Unterwäsche und Schuhzeug fehlt. Das braucht aber das Komitee unbedingt.

Der Nationalhilfe in Hammerfest stehen z.Zt. ca. 2000.== Kr. für Hilfsaktionen zur Verfügung. Aber von den 100.000,== Kr. die voriges Jahr für Schulspeisung bewilligt wurden, sind noch Kr. 65.000,== vorhanden. Die diesjährigen Ausgaben werden nicht höher als ca. 20.000,== Kr. geschätzt.

====

Anlage zum Lagebericht Nr. 4346, MA 1187

Nr. ....  
Abl. ....

Schwedische Presse.

Meldungen über Norwegen.

Die Meldungen der schwedischen Presse über die Lage in Norwegen nehmen einen den großpolitischen Meldungen ähnelnden Charakter an. Die Beleuchtung des sogenannten Lehrer- und Schulstreikes sowie des Kirchenstreites nehmen weitaus den größten Platz ein. Die in der Anlage beigefügten Übersetzungen aus der schwedischen Presse bringen eine Gesamtdarstellung der schwedischen Pressemeinung zu diesen Fragen.

Hervorzuheben ist die fast in allen Zeitungen gleichlautende Meldung über Lehrertransporte nach Nordnorwegen unter der Überschrift "Bestialische Behandlung der norwegischen Lehrer" ("Socialdemokraten" vom 27.4.) oder "Wieder norwegischer Sklaventransport nach Nordnorwegen" ("Socialdemokraten" vom 10.5.1942).

Die letzten Meldungen wollen wissen, daß der Lehrerstreit eine entscheidende Wendung dadurch erhalten habe, daß die NS ihn nicht fortzusetzen beabsichtige und 3 Orvar Sæther seinen Rücktritt anbieten werde. Östergötlands Dagblad vom 5.5. meint jedoch, daß man hinsichtlich dieses Rückzuges sehr skeptisch sein müsse. Das einzige Positive sei, daß die Front der Lehrer und Pfarrer nicht gebrochen worden sei.

Der damalige Oslo-Korrespondent von "Stockholms-Tidningen", Karl Olaf Hedström, bringt am 26. und 27.4. zwei spaltenlange Artikel zu diesen Fragen, ohne jedoch wesentlich Neues anführen zu können.

Zusammen mit den Meldungen und Kommentaren zu dem Lehrerstreit erscheinen die über den Kirchenstreit. Sehr wichtig scheint der schwedischen Presse zu sein, daß Hitler selbst die Freilassung Berggravs angeordnet habe.

/.

- 2 -

Die Rede des Reichskommissars zum zweijährigen Bestehen des Reichskommissariates wird in allen Zeitungen eifrig kommentiert, wobei besonders die Drohung gegen die Lehrer hervorgehoben wird. Die Lage in Norwegen sei durch diese Rede verschlimmert worden, bemerkt Östergötlands Dagblad vom 23.4. Die Zeitung "Jönköpings Posten" vom 23.4. schreibt in ihrem Kommentar: "Die Vorgänge in den norwegischen Konzentrationslagern und Gefängnissen erinnern an das hemmungslose und schonungslose Vorgehen der Bolschewisten im Baltikum und an anderen Orten."

Der nur für die Kriegszeit ernannte Konteradmiral Riiser-Larsen richtete über den englischen Rundfunk einen Appell an Generaloberst Falkenhorst, in dem es heißt, daß der Generaloberst als Offizier die von der deutschen Gestapo begangenen Greuelthaten gegen die Norweger ablehnen müsse. Er allein trage die Verantwortung. Riiser-Larsen schließt seinen Appell mit folgenden Worten: "Zeigen Sie Menschlichkeit! Es ist keine Schande für einen Offizier, Menschlichkeit zu zeigen, im Gegenteil, das ist Ritterlichkeit. Es ist mein Appell an Sie als Offizier: Verhindern Sie die Tortur in den norwegischen Gefängnissen." Die Zeitung "Sydsvenska Dagbladet Snällposten" vom 10.5. geht noch weiter, indem es in einem Appell an Deutschland heißt, daß die Beseitigung des Quislingregimes Deutschland nur zur Ehre gereichen werde. Die Stimmung, nicht nur in Norwegen, sondern im gesamten Norden, würde dadurch beeinflußt.

Die hinterhältige Erschießung zweier SS-Führer bei Bergen und die darauf folgende Vergeltungsaktion wird in riesigen Lettern in den Blättern wiedergegeben, meist unter der Überschrift "Massenerschießungen in Norwegen". "Social-Demokraten" vom 2.5. hebt hervor, daß die 18 erschossenen Norweger mit der Erschießung der beiden SS-Führer nichts zu tun gehabt hätten, da diese bereits seit Februar verhaftet seien.

./.

- 3 -

Die Erschießung des norwegischen Polizisten durch nach Schweden flüchtende Norweger wird nicht sehr beachtet. In dieser Verbindung melden die Zeitungen, daß eine neue Verhaftungswelle eingesetzt habe.

Die anhaltenden Warnungen vor der Flucht ins Ausland, die in der norwegischen Presse veröffentlicht worden, sind Gegenstand breiter Behandlung. Die Flucht mehrerer russischer Gefangener sowie die Unterstützung dieser durch die norwegische Bevölkerung wurde ausführlich beschrieben. Dabei wird bemerkt, daß in russischen Gefangenenlagern Revolten ausgebrochen seien.

Die Zeitungen vom 9. Mai berichten über angebliche Verstärkung der deutschen "Gestapo" in Norwegen. Mehrere hunderte Beamte seien in der letzten Zeit mit dem Flugzeug in Oslo eingetroffen. Größere Abteilungen seien in Studentenheim Blindern untergebracht worden. Man wisse nicht, was sich hinter dieser Verstärkung verberge.

Die Verhaftung des Expeditionschefs im norwegischen Handelsdepartement, Johannes Selvig, sowie die des Generalsekretärs im Roten Kreuz, Arnold Rørholt, erwecken besonderes Aufsehen. Eine Anzahl norwegischer Offiziere seien gleichfalls verhaftet worden.

Die angebliche Verbringung des Prof. Seip in ein Arbeitslager nach Polen meldet Göteborg Handels- och Sjöfartstidning vom 6.5. In dem Gefangenentransport habe sich auch der Dichter Arnulf Överland befunden.

Besondere Beachtung fand in der schwedischen Presse ein Artikel von Oberregierungsrat Dr. Schiedermaier in den "Deutschen Monatsheften". Es wird lediglich hervorgehoben, daß sich die Stellung des Reichskommissars nach der Ernennung Quislings zum Ministerpräsidenten nicht geändert habe. Der Artikel stehe im Gegensatz zur Behauptung der Quislingkreise, daß die Quislingregierung eine gewisse Selbständigkeit habe.

./.

- 4 -

"Stockholms-Tidningen" vom 5.5.1942 weiß zu berichten, daß Quisling beabsichtige, im Sommer d.J. ein Riksting zusammenzurufen, um ihm eine neue Verfassung vorzulegen. Es sollen sämtliche Wirtschaftsorganisationen (Gewerkschaften usw.) in einem sogenannten Wirtschaftsting, die Organisationen wie die Lehrervereinigung usw. in einem Kulturting zusammengefaßt werden.

"Stockholms-Tidningen" und "Svenska Dagbladet" vom 1.5. heben die Macht hervor, die der "Stab Wegener" innerhalb des Reichskommissars besitze. Dieser Stab leite die eigentliche Politik in Norwegen. Die NS müsse sich jeder Anordnung dieser Organisation unterordnen. Sogar die öffentliche Beflagung in Norwegen werde von Berlin aus angeordnet, meldet "Svenska-Dagbladet" vom 6.5.1942.

Einiges Aufsehen erweckt die Entlassung von 75 v.H. des Polizeikorps in Aalesund wegen politischer Unzuverlässigkeit.

Stärker werden Meldungen über angebliche Zwiespältigkeiten innerhalb der NS beachtet. In Stavanger und Haugesund seien mehrere NS-Mitglieder, die einen Kupp in der NS versucht hätten, ins Konzentrationslager geführt worden. Die Reinigung der NS geschehe auf deutsche Weisung hin. Das Fylke Rogaland sei völlig in Unordnung geraten.

Zu den Meldungen über Quislings Leibgarde heißt es, daß König Haakons Privatwohnung "Gisle Kongsgaard", die jetzt von Quisling bewohnt und von seiner Leibgarde bewacht werde, durch Luftabwehrgeschütze und Maschinengewehre geschützt sei.

"Dagens Nyheter" bringt am 6.5. eine Meldung, wonach in Norwegen die Aufführung schwedischer Schauspiele verboten sei. Der hervorragendste Schauspieler und ehem. Chef des Nationaltheaters, Halfdan Christensen, sei abgesetzt und vom weiteren Auftreten ausgeschlossen worden. Finn Halvorsen beherrsche heute mit seinen drakonischen Maßnahmen das Feld.

./.

- 5 -

"Aftenbladet" vom 20.4. bemerkt, daß mit Ausnahme des Osloer-Nationaltheaters alle norwegischen Theaterhäuser ständig überfüllt seien. Zum "Fod." von "Bergens Aftenblad" schreibt "Skaanska Aftenbladet" vom 7.5., Quisling habe dieser Zeitung bis auf weiteres ein Ende bereiten lassen.

Zur wirtschaftlichen und ernährungspolitischen Lage Norwegens bringen die schwedischen Zeitungen einen Artikel von Gustaf Hallström, der eine Studienreise von 6 Wochen durch Nordnorwegen unternommen hat. Hallström meint, daß die Ernährungslage umso besser werde, je weiter man nach Norden komme, weil dort der Bevölkerung reichlich Mengen an Fisch zur Verfügung stünden. Große Schwierigkeiten seien jedoch zu erwarten, da sich die Fischer in der kommenden Zeit nicht mehr mit Kleidung und Schuhwerk versorgen können, wodurch sie an den Ausübungen ihres Berufes gehindert würden. "Social-Demokraten" vom 6.5. versieht diesen Artikel mit der Überschrift "Norðnorwegens Fischer ohne Kleider und Schuhe."

Zur Zeit geht durch Schweden wiederum eine Welle von Sympathiekundgebungen für Norwegen. Träger dieser Kundgebungen sind meistens Studenten, wobei immer norwegische Flüchtlingsstudenten eine Rolle spielen. Besonders aktiv ist der ausgebürgerte Prof. Fr. Paasche, der, wie auch andere ausgebürgerte Norweger, nicht nur in der Öffentlichkeit, sondern auch bei den schwedischen Behörden überall voll anerkannt wird. Die schwedischen Geistlichen beschäftigen sich nach wie vor von der Kanzel herab mit den norwegischen Problemen. Daß verschiedene Berufsgruppen, z.B. die schwedischen Lehrer, die Geistlichen und die Künstler jeweils für die norwegischen Lehrer usw. Kundgebungen veranstalten, ist zu einem schon selbstverständlichen Brauch geworden. Das Königshaus hat sich in merklicher Weise an diese Kundgebungen in letzter Zeit kaum beteiligt.

./.

Der Tod des dänischen Ministerpräsidenten Stauning veranlaßte die schwedische Presse zu Vergleichen zwischen Stauning und anderen führenden Männern des Nordens, wobei das Werk Staunings, nämlich die Sammlung Dänemarks (gegen den Nationalsozialismus) besondere Anerkennung findet. "Göteborgs Handels och Sjöfartstidning" vom 9.5. bringt einen eigenartigen Kommentar in der Form einer Zeichnung, auf der man Norweger in einer Gefangenzelle sieht. Der Text dazu lautet:

"Denke, Stauning ist gestorben. Was kann ihm passiert sein? Nichts! In Dänemark ist der natürliche Tod nicht verboten. "

Die Wahrheit über Herwegen.  
("Svenska Dagbladet" vom 26.4.1942).

Als vor einer Woche Quislings Kirchendepartement mitteilte, daß "kein Pfarrer wegen des Kirchenstreites in Haft sitze, auch Berggrav nicht", wurde hier die Hoffnung ausgesprochen, daß die Entspannung im Kirchenstreit, der als solcher in Erscheinung trat, sich auch auf den Kampf an der Schulfront auswirken würde. Die Wirklichkeit hat diese Hoffnung grausam getäuscht.

Von neuen Aktionen gegen die Kirche hat man zwar nichts gehört, aber Bischof Berggravs Freilassung ist offenbar von formeller Art gewesen, da er ja trotz allem unter strenger Polizeiaufsicht Hausarrest zu haben scheint. Die übrigen Bischöfe sind immer noch suspendiert und werden gehindert, ihre Funktionen als "Verkünder des Wortes, als Vertreter der Gemeinde und als Seelsorger der Pfarrer" auszuüben, was sie sich als außerhalb ihres Amtes liegende Tätigkeit vorbehielten. Dem Versuch der Bischöfe, am Karfreitag eine Hochmesse abzuhalten, kam man durch ein Verbot und durch eine Bewachung der Wohnungen der Bischöfe zuvor. Der Versuch, die Dompropste als Vertreter zu gewinnen, schlug fehl auf Grund der Weigerung aller Dompropste. Darauf wurden Quisling ergebene Gemeindepfarrer als stellvertretende Dompropste und Bischöfe ernannt, aber laut Angaben des (schwedischen) Bischofs in Strängnäs, G. Aulen, hat man nichts von der Tätigkeit dieser Stellvertreter gehört.

Hinsichtlich der früheren Charakteristik des Auftretens der Pfarrer als "Aufruhrhandlung und Kriegsangelegenheit" mit darauffolgenden strafmäßigen Konsequenzen und Quislings Drohungen durch das NTB, daß "die Gegner schonungslos vernichtet würden", scheint es wahrscheinlich zu sein, daß die Waffenruhe in Kirchenstreit weniger der Selbstbesinnung beim Quislingregime als einer Intervention von deutscher Seite zuzuschreiben ist, wobei nicht ausgeschlossen ist, daß die Intervention

./.

von der "Wehrmacht" herrührt, die immer gegen Übergriffe in Glaubens- und Religionsfragen reagiert hat. Der deutsche Militärführer in Norwegen, Generaloberst von Falkenhorst, machte bekanntlich einige Tage nach dem 9. April 1940 jäh Schluss mit Quislings erstem Staatsministerexperiment.

Wie es auch sei - Terboven nannte mit keinem Wort in seiner Rede anlässlich der Zweijahresfeier die norwegischen Pfarrer - dagegen aber kam er zu heftigen Ausfällen gegen die norwegischen Lehrer, wodurch die Drohungen ernster sind, als sie früher von Quisling gegen die Pfarrer ausgesprochen wurden. Er stellte die Haltung der Lehrer gegen die Zwangsorganisation "Norsk Lærersamband" und gegen das Gesetz über den "Jugenddienst in Nasjonal Samling", wo "die neue Weltanschauung" gepflegt werden soll, als einen "Versuch zum Streik" hin, "der durch die Störung der öffentlichen Ordnung eine Gefahr für Deutschland und besonders für die deutsche Wehrmacht ist." Diese Sache sei daher keine innere norwegische Angelegenheit, und er erklärte sich bereit, seine Pflicht gegenüber der deutschen Wehrmacht in Norwegen "mit aller notwendigen Härte und Entschlossenheit" zu erfüllen. Einer Bitte Quislings zufolge habe er jedoch bisher von seinem Recht keinen Gebrauch gemacht, doch wolle er die norwegischen Lehrer dadurch warnen, "sich nicht von einer kleinen Clique von Aufwieglern zu unüberlegten Handlungen jeglicher Art hinreißen zu lassen."

Die Lage scheint demnach also folgende zu sein: Quislings Angriff gegen die Pfarrer, die bis auf weiteres in Frieden gelassen werden, ist abgestoppt und Terboven erklärt, daß er seine ursprüngliche Absicht gegen die Lehrer auf Quislings Bitten nicht durchführen werde. Trotzdem sind verhaftete Lehrer mit einem Schiff unter äußerst aufsehenerregenden Umständen zur Zwangsarbeit in Befestigungsanlagen am Nordmeer transportiert worden. Man muß befürchten, daß weitere Transporte folgen, wenn Norwegens Lehrerschaft sich dem Nachtgebot nicht beugt. Welche Gefühle bei Eltern

./.

und anderen in Norwegen derartig pädagogische Methoden hervorrufen, geht daraus hervor, dass das Kirchendepartement in der letzten Zeit 35.000 Protestbriefe, die nicht eingegangen, erhalten hat, obwohl die Briefschreiber damit neues Material fuer neue Proskriptionslisten bieten.

Zeitweilig wollte man von Seiten der Quislingregierung geltend machen, dass die schwedische Presse einseitig und falsch ueber die Ereignisse in Norwegen informiert sei. Diese Aussetzungen sind nunmehr verstaemt und haben noch weniger Vertrauen gewinnen koennen, nachdem einige schwedische Zeitungsmanner vor kurzem in Oslo die Moeglichkeit hatten, an Ort und Stelle die Nachrichtenvermittlung vorzunehmen. Der eine musste bald zurueckkehren, da seine Berichte unbequem wurden, es war der Mitarbeiter von "Dagens Nyheter". Auch der andere, Redakteur Karl Olof Hedstrom, von "Stockholms Tidningen", ist zurueckgekommen und schildert jetzt in einem schreibenden Artikel seine Eindruecke. Er bezeichnet sich bei seiner Ankunft in Norwegen als ein unbeschriebenes Blatt, das durch kommende Erlebnisse ausgefuellt werden sollte. Seinen Beobachtungen nach hat die Quislingherrschaft eine nationale Sammlung gegen Nasjonal Samling hervorgerufen. Bei einer Volksabstimmung wuerden sicher nur einige Zehntausend ihre Stimmen fuer Nasjonal Samling abgeben. Die Gegnerschaft ist eine nationale Bewegung und keine "mikroskopische Klique", wie Quisling behauptet. Diese Bezeichnung passt besser auf die Mitglieder der NS, die Hedstrom auf etwa 40.000 schatzt - also bedeutend weniger als die Anzahl bei der letzten Stortingwahl, als Quisling 2 % der Stimmen erhielt.

./.

Dieses Zeugnis ist nur eine Bekräftigung dessen, was man in Schweden seit langem wusste. Bei uns sind vielleicht schon viele abgehärtet; worin aber eine Gefahr fuer unser eigenes Volk liegt, das nicht seine Aufgabe, den Norden zu sammeln; mit gleichen Gefuehlen fuer Finnland; das tapfer fuer die zukuenftige Sicherheit des Landes kämpft; wie fuer das Volk Norwegens, das waffenlos fuer seine freie Seele kämpft, aus den Augen verlieren darf.

-----

Der Lehrerstreit und die Neuordnung.

("Dagens Nyheter" vom 6. Mai 1942.)

Vor einigen Tagen wurde aus Norwegen mitgeteilt, daß die Quislingsbehörden an die sich auf freiem Fuß befindlichen Lehrer ein Formular für das Eintrittsgesuch in den sog. "Lärersamband" verschickt hatten. Dieses lief darauf hinaus, daß die Betroffenen sich beim Lehrerbund anmelden sollten, der nicht politisch sein sollte. Der Jugenddienst sollte gleichfalls nicht störend auf die Schularbeit wirken. Dieses Formular soll Aussagen zu Folge einen Rückzug Quislings darstellen, der auch bewirkte, dass die Lehrer begannen, ihre Bedenken gegen die neugeordnete Lehrervereinigung einzustellen und daß das Schulleben wieder normale Formen annahm.

Ob dies nun wirklich ein Rückzug der NS war, ist schwer zu sagen; es konnte auch eine Falle sein. Jedenfalls lassen später Nachrichten erkennen, daß eine größere Veränderung in der Lehrerfront nicht stattgefunden hat und dass Meldungen über den zahlreichen Anschluß an den Lehrerbund übertrieben sind. Diese ganze Angelegenheit hat nur dazu beigetragen, daß der Eindruck über die vollständig haltlose, in Norwegen betriebene Neuordnungspolitik bestätigt wurde. Das Lehrerproblem stellte sich als das schwierigste Beispiel heraus.

Nach Quislings Ernennung zum Ministerpräsidenten wurde sofort das Gesetz über den Lärersamband und über den obligatorischen Jugenddienst der NS für die Jugend zwischen 10 und 18 Jahren erlassen. Tonangebende NS-Männer deuteten an, daß beide Gesetze Teile eines Gesetzes sind. Als über 10000 Lehrer dem Departement meldeten, dass sie sich nicht als Mitglieder des Lehrerbundes betrachten könnten, machten die Behörden den ersten Versuch, die Lehrerfront zu zersprengen. Die Austrittsgesuche werden als Abschiedsgesuche betrachtet. Widerspenstige würden zur Zwangsarbeit geschickt. Als auch dieses nicht wirkte, brachte der Leiter des Lärersamband,

./.

- 12 -

Orvar S ä t h e r , eine Serie von Aufrufen heraus, welche alle die persönlichen Qualifikationen des ehemaligen Hirdchefs sehr gut beleuchteten, aber die Lehrer in ihrer Auffassung nur bestärken konnten. Dem ließ es, daß die Lehrer sich der politischen Propaganda nicht zu widmen brauchten; Mitwirkung am Jugenddienst sei ebenfalls nicht erforderlich.

Gleichzeitig mit diesen Überredungsversuchen wurden Zwangsmaßnahmen gegen über 1.000 Lehrer ergriffen, die ihren Höhepunkt in dem aufregenden Transport von 500 Lehrern nach Nordnorwegen erreichten. Bereits in den Konzentrationslagern und Zwangsarbeitsplätzen wurden die Lehrer einer außerordentlich harten und demütigenden Behandlung ausgesetzt - einer Behandlung, die von der Quislingpresse unterstrichen wurde. Als die fürchterlichen Verhältnisse beim Lehrertransport unter der Bevölkerung bekannt wurden und auf die Volksstimmung einwirkten, sah man in gewissen NS-Kreisen ein, daß die Unmenschlichkeiten zu kraß seien. Auch Quislinganhänger baten um eine humanere Behandlung der Lehrer. "Fritt Folk" setzte die zynische Schreibweise fort und versuchte, auf die Rolle hinzuweisen, die die Besatzungsmacht in dieser Angelegenheit spielt: "Die Lehrer ..... haben nicht die geringste Chance, die deutsche Wehrmacht dazu zu zwingen, das aufzugeben, was sie für den Sieg für notwendig betrachtet. Das ist der Kern der Lehrerfrage. "

Quislings Hauptorgan hat hier ganz sicher einen der Hauptfaktoren berührt - nicht nur hinsichtlich der Lehrerfrage, sondern auch bezüglich der ganzen Situation in Norwegen gerade jetzt - aber den früheren Aussagen des NS-Führers in der Kirche- und Lehrerfrage nach zu rechnen, scheint er nicht dagegen zu sein, daß grausamste Mittel gegen die "mikroskopische Clique", die er als seine Gegner ansieht, angewendet werden.

Es wurde später berichtet, daß die mit dem kleinen Schiff "Skjerstad" nach Norden transportierten Lehrer kapituliert hätten, nachdem sie unerhörte körperliche und seelische Leiden

./.

überstehen mussten, aber genauere Berichte zeigen, daß nur ein geringer Prozentsatz - etwa 10 % - den Widerstand gegen den Lärersamband aufgegeben hat, Unter den übrigen verhafteten Lehrer und unter denen, die sich noch auf freiem Fuß befinden, dürfte der Prozentsatz noch geringer sein. Hier einige Zahlen von den Osloer-Schulen: Von den tausenden von Schulkindern nehmen nicht einmal 400 am Unterricht teil, in der Nachbargemeinde Biriua von 2400 nur 30 Schüler, von den 170 Lehrern sind nur 6 dem Lärersamband beigetreten. Die in der gleichgeschalteten Presse besprochenen Proteste auf den Elternversammlungen haben die große Allgemeinheit nicht irreführt. Hinter diesen Protesten stehen nur NS-Loute. Die hier abgefaßten Entschlüsse stammen in gewissen Fällen von Orvar Sæther. Die überwältigende Mehrheit der Lehrerschaft steht auf der gleichen Linie wie früher; Die Männer und Frauen der Schule streiken nicht, wie es die NS-Propaganda behaupten möchte - sie haben sich sogar bereit erklärt, ohne Gehalt Unterricht zu geben. - Aber sie weigern sich, in Quislings Lärersamband einzutreten.

Norwegens Lehrer haben - welche Maßnahmen man auch gegen sie ergreifen wird - einen großen moralischen Sieg für sich zu buchen. Ihr Kampf hat aber auch gerade heute ungeheuer viel für die gesamte Entwicklung zu bedeuten. Quisling hatte bestimmt, daß ein sog. Arbeitsverband - die Mitgliedschaft sollte sowohl für die Arbeitgeber als auch für Arbeitnehmer obligatorisch sein - am 1. Mai gegründet werden sollte. Die Gewerkschaften hatten bereits Auftrag, ihre Fahnen abzuliefern. Diese sollten bei einer großen Versammlung in der Osloer-Universität zu einer Fahnenburg zusammengefaßt werden, wobei Quisling selbst die neue Organisation proklamieren wollte. Diese Sache wurde aber plötzlich abgeblasen. Daß dieser Schritt zur Neuordnung Norwegens plötzlich aufgeschoben wurde, ist nicht zuletzt das Verdienst der Lehrer.

./.

Wenn eine so begrenzte Schicht wie die der Lehrer einen bis zu diesem Grade wirksamen Widerstand hat leisten können gegen die Reformen der Nasjonal Samling, so ist es nicht verwunderlich, wenn Quisling mehrere Bedenken hegt gegen eine ähnliche Gleichschaltung einer noch größeren Bevölkerungsgruppe, die gewiß dem Beispiel der Lehrer nicht nachstehen würde.